

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
J. D. C. Geyer.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckerschrift: Cepedian

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 21. Nov. 1930

## Parlamentarier als Aufsichtsräte.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. In der Freitagsitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags wurde bei der Diskussion über die Besteuerung der Aufsichtsräte das gesamte Problem der Beteiligung an den Aufsichtsräten besprochen. In diesem Zusammenhang sind die folgenden Darlegungen besonders interessant:

Bereits im Jahre 1927 hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Antrag gestellt, eine Liste der Abgeordneten zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, die Posten als Aufsichtsräte von Wirtschaftsunternehmungen inne hatten. Der Einfluss des privaten Kapitals auf einzelne parlamentarische Gruppen hat sich seit dieser Zeit noch erhöht. Um endlich Klarheit über die Beziehungen aller Mitglieder des Reichstags zu den kapitalistischen Grossunternehmungen zu schaffen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Mitglieder des Reichstags sind verpflichtet, dem Präsidenten des Reichstags mitzuteilen, ob und in welchen Unternehmungen (Privatunternehmungen, gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen und öffentlichen Unternehmungen) sie Posten als Aufsichtsratsmitglieder innehaben.

Der Präsident des Reichstags führt eine Liste der Aufsichtsratsmitglieder und bringt sie halbjährlich zur Kenntnis des Reichstags.

Dieser Antrag bezweckt zunächst nur, festzustellen, in welchem Umfang Mitglieder des Reichstags Posten als Aufsichtsratsmitglieder innehaben. Seine Stellung ist nötig, weil sich aus den vorhandenen Handbüchern genaue Feststellungen über die Beteiligung von Parlamentariern an privatkapitalistischen Unternehmungen nicht machen lassen.

Trotzdem gibt das "Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte" schon ein recht anschauliches Bild von der Verknüpfung parlamentarischer Interessen mit dem Interesse des Privatkapitals. Nach diesem Handbuch, Ausgabe 1930, haben von den 577 Abgeordneten des Reichstags 76 Abgeordnete Sitze in Aufsichtsräten. Die Gesamtzahl der Aufsichtsratsposten beträgt 307. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien:

Von den 41 Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei haben 9 Mitglieder insgesamt 18 Aufsichtsratssitze. Von diesen 18 Sitzen sind 4 Posten in öffentlichen Unternehmungen.

Von den 30 Mitgliedern der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben 10 Mitglieder 67 Aufsichtsratssitze. Von diesen 67 Sitzen sind 2 Posten in öffentlichen oder Partei-Unternehmungen.

In der Wirtschaftspartei haben von 23 Mitgliedern 4 Mitglieder 11 Aufsichtsratssitze, 4 davon sind Posten in öffentlichen Unternehmungen.

3 von den 21 Mitgliedern der Fraktion des Deutschen Landvolks haben insgesamt 9 Aufsichtsratssitze. 3 davon sind Posten in öffentlichen Unternehmungen.

Von den 19 Mitgliedern der Fraktion der Bayerischen Volkspartei haben

6 Mitglieder 13 Aufsichtsratssitze. 7 davon sind Posten in öffentlichen oder Parteiunternehmungen.

Von den 68 Mitgliedern der Zentrumsfraktion haben 18 Mitglieder 65 Aufsichtsratssitze. Davon sind 33 Posten in öffentlichen oder Parteiunternehmungen.

Den Rekord schlägt die Deutsche Staatspartei. Von ihren 14 Mitgliedern haben 5 Mitglieder 107 Aufsichtsratsposten. Davon ist 1 Posten in einem öffentlichen Unternehmen.

19 von 143 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Fraktion haben insgesamt 33 Aufsichtsratssitze. Alle 33 sind Sitze in öffentlichen oder Parteiunternehmungen. Da die Zahl der öffentlichen Unternehmungen in den letzten Jahren zugenommen hat, und das Parlament in allen diesen Unternehmungen vertreten ist, ist diese Zahl nicht einmal besonders hoch zu nennen.

Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehören also privatkapitalistischen Unternehmungen in keinem Falle an. Ihre Aufsichtsratsmandate sind in allen Fällen das Ergebnis ihrer parlamentarischen oder parteipolitischen Tätigkeit. Materielle Vorteile sind für den einzelnen nicht damit verbunden. Ganz anders ist es bei den bürgerlichen Parteien. Hier überwiegen die Parlamentarier, die Sitze in privatkapitalistischen Unternehmungen haben. Zweifellos ist hier im neuen Reichstag eine Verstärkung des Einflusses des Privatkapitals bei einzelnen Fraktionen festzustellen. Es sei nur auf die Fraktion der Deutschen Staatspartei hingewiesen, deren Mitglieder 1927 "nur" 84, heute aber bereits 107 Aufsichtsratssitze innehaben.

Gliedert man die Abgeordneten nach der Zahl der auf sie entfallenden Aufsichtsratsposten, so erhält man das Ergebnis, dass 14 Abgeordnete 3 - 5 Aufsichtsratsposten, 12 Abgeordnete 6 - 10 Aufsichtsratsposten und 5 Abgeordnete über 10 Aufsichtsratsposten innehaben, von diesen der Abgeordnete der Deutschen Staatspartei Fischer-Köln 51, der neue Abgeordnete der Deutschen Staatspartei, der Domänenpächter August Weber 34, der Abgeordnete der Deutschen Staatspartei und ehemalige Finanzminister Reinhold 20, der neue Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und Veranstalter nationalsozialistischer Frühstücke Dr. v. Stauss 42 Posten. Gerade die letzten vier Beispiele zeigen deutlich, dass bei einer Häufung von Aufsichtsratsposten leicht im Widerstreit des Staatsinteresses mit dem privatkapitalistischen Sonderinteresse das Privatinteresse den Sieg davon tragen kann.

Der sozialdemokratische Antrag hat zwei Ziele: Einmal soll durch ihn in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, wie stark im Reichstag privatwirtschaftliche Interessen mit dem Reichstagsmandat verknüpft sind. Aber darüber hinaus führt der sozialdemokratische Antrag zu dem Weg, auf dem den Gefahren der Häufung von privatkapitalistischen Aufsichtsratsposten bei Parlamentariern entgegengewirkt werden kann. Der Antrag ist ein Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie stets nicht nur mit dem Wort, sondern auch mit der Tat danach strebt die Bereinigung des öffentlichen Lebens durchzuführen.

-----

SPD. Am 20. November erschien der Eilgerichtsvollzieher beim Verlage Ullstein & Co. und überreichte eine einstweilige Verfügung, die dem Verlage Ullstein den weiteren Verkauf des zweiten Bandes der Memoiren von Fürst Bülow ohne die Unkenntlichmachung der Beleidigungen und Verleumdungen gegen den früheren Regierungsrat Rudolf Martin verbietet. Fürst Bülow beschuldigt den früheren Regierungsrat Rudolf Martin, seinen Sturz herbeigeführt zu haben und überschüttet ihn mit noch stärkeren Beleidigungen und Verleumdungen als diejenigen Diplomaten, in denen er seine Gegner und Ersatzmänner erblickte.

-----

SPD. In der Freitagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde zunächst die allgemeine Aussprache über die gesamte Notverordnung mit einer Rede des kommunistischen Abg. Torgler fortgeführt, in der er den schon dutzendmal vorgebrachten Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, dass sie gegen die sofortige glatte Aufhebung der Notverordnung sei, von neuem erhob. Abg. Hermann Müller-Franken (Soz) erwiderte ihm, dass die grosse in Deutschland besonders bei den Arbeitern bestehende Notlage, sich unendlich verschlimmern würde, wenn jetzt die Notverordnung mit einem Male aufgehoben würde, ohne dass sofort etwa anderes an die Stelle treten könnte. Das erste was geschehen würde, sei der sofortige völlige Zusammenbruch der Arbeitslosenversicherung, und ob den Arbeitslosen damit ein Dienst erwiesen sei, darüber brauche doch kaum diskutiert zu werden. Die Kommunisten sollten doch froh sein, und sind sicher innerlich froh dass bei uns in Deutschland anstelle der Demokratie nicht eine Rechtsregierung stehe; dann würden sie sofort von der Bildfläche verschwinden, wie das in anderen Ländern, so in Finnland, alsbald geschehen sei.

Ein Antrag der Kommunisten, nunmehr über die gänzliche Aufhebung der Notverordnung abzustimmen, wurde abgelehnt. Der deutschnationale Abgeordnete Gott heiner erstattete dann das Spezialreferat über die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes. Auf eine Frage des Referenten erklärte der Staatssekretär des Finanzministeriums Schaeffer, dass in der Tat einige Kündigungen der Angestellten des Reichs erfolgt seien, aber nicht mit dem Ziel des Ausscheidens, sondern nur zu dem Zweck, die Bezüge in gleicher Masse wie bei den Beamten kürzen zu können. Die Rechtfertigung dieses Schrittes liege darin, dass die Angestellten bei den Behörden sehr viel gesicherter daständen als bei den Privatunternehmen.

Von Abg. Keil (Soz) wurde erklärt, dass die Sozialdemokratie einer Reichshilfe der Personen des öffentlichen Rechtes nicht grundsätzlich entgegenstehe. Die Forderung, dass solchen Personen, die in gesicherter Stellung seien, Opfer zugunsten der Erwerbslosen zugemutet werden, sei an sich berechtigt. Mit dieser grundsätzlichen Stellung sei aber nicht gesagt, dass die Sozialdemokratie einverstanden sei mit dem Modus, in dem diese Reichshilfe erhoben werden solle. Die Sozialdemokratie habe eine progressiv nach oben gestaffelte Abgabe verlangt und halte auch heute noch eine solche für richtig, wohingegen die Verordnung eine degressive Staffelung nach oben vorsehe. Nun habe aber der Reichsrat gestern beschlossen, dass eine Neuregelung schon am 1. Februar 1931 eintreten solle. Es erscheine daher nicht zweckmässig, für die wenigen Wochen bis dahin jetzt noch in einem Antrag eine andere Regelung als vorgesehen zu verlangen.

Anders lägen die Dinge bei den Bezügen der Aufsichtsratsmitglieder. Hier stehe die Sozialdemokratie nach wie vor auf dem Boden ihres leider abgelehnten Antrages, auf diese Bezüge eine Steuer in Höhe von 20 Prozent zu erheben. Diese Bezüge werden mühelos erworben, häufen sich in zahlreichen Fällen in der gleichen Hand und eine solche Steuer sei daher selbst in normalen, geschweige denn in den jetzigen Zeiten durchaus berechtigt. Seine Fraktion werde daher und zwar mit Rückwirkung ab 1. April 1930 eine Besteuerung der Aufsichtsratsbezüge mit 20 Prozent verlangen. Verwaltungstechnisch werde eine solche Besteuerung mit rückwirkender Kraft keine erhebliche Mehrarbeit verursachen.

Abg. Morath (DVp): Man müsse immer wieder darauf hinweisen, dass der Grundgedanke der Reichshilfe unrichtig sei, weil er als einzelnen Bevölkerungskreis zur Spezialbesteuerung die Beamtenschaft herausgreife. Es sei keine Staatskunst, weil beim Finanzausgleich gegenüber Ländern und Gemeinden die Reichsregierung nicht hätte durchdringen können, nun den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und die Beamten das kosten zu lassen, was anderswo nicht einzubringen war.

Abg. Rippel (Christl. Soz.) sprach sich für die Reichshilfe aus, hielt aber eine Veredelung (soziale Staffelung) für notwendig.

Abg. Hermann (Wirtschaftsp.) wendete sich dagegen, dass von einer Hetze

gegen die Beamtenschaft gesprochen werde, wenn man für die Reichshilfe ein-  
trete.

Abg. Torgler (Komm) fragte, ob der Staatssekretär des Reichsfinanzministe-  
riums unmissverständlich erklären könne, dass mit den Kündigungsschreiben, die  
jetzt angeblich lediglich zur Erreichung der Gehaltskürzung an die Behörden-  
angestellten versandt werden, nicht auch der Zweck mitverfolgt werde, beliebigen  
Angestelltenschichten im Rahmen einer sogenannten Rationalisierungsaktion  
endgültig zu kündigen.

Staatssekretär Dr. Schäffer (Reichsfinanzmin.) antwortete, dass nach dem  
Wortlaut des diesbezüglichen Erlasses, der an alle nachgeordneten Behörden ge-  
richtet sei, derartige Befürchtungen nicht begründet seien.

Abg. Gottheiner (Dn) fragte nunmehr, ob die Reichsregierung vorhabe, über  
haupt über den normalen Masstab hinaus (bei Dienstverfehlungen, Ungeeignetheit  
für den Posten usw.) Entlassungen von Behördenangestellten vorzunehmen.

Staatssekretär Dr. Schäffer (Reichsfinanzmin.) erklärte, dass naturgemäss  
Ersparnisse der Personalausgaben auch zu Entlassungen führen würden. In grösserem  
Masstabe würden Entlassungen dort erfolgen, wo einzelne Behörden - viele  
oder einzelne Arbeitsgruppen in Behörden - aufgelöst werden.

Frau Abg. Bohm-Schuch (Soz) fragte, ob es zuträfe, dass Kündigungen ausge-  
sprochen werden, um namentlich weibliche Angestellte in eine tiefere Gehalts-  
stufe herabzudrücken.

Staatssekretär Dr. Schäffer (Reichsfinanzmin.) erwiderte, dass Kündigungen  
zum Zwecke der Umstufung nicht in grösserem Stile erfolgt sind. Allerdings sei  
es in vereinzelt Fällen bei Umorganisationen der Behörden notwendig, Ange-  
stellte, die anderweit beschäftigt werden, auch dieser veränderten Beschäfti-  
gung gemäss neu einzustufen. Um aber etwaige Unbilligkeiten nach Möglichkeit  
zu vermeiden, sei eine schiedsgerichtliche Stelle eingerichtet, der es obliege  
darüber zu wachen, dass derartige Neueinstufungen auch wirklich nur nach sach-  
lichen Gesichtspunkten geschehen und dass unnötige Härten vermieden werden.

Abg. Dr. Cremer (DVp) gab eine Begründung dafür, dass es nicht ratsam sei  
die Aufgaben und das Personal des Statistischen Reichsamts abzubauen. Die obje-  
ktiv-wissenschaftlichen Feststellungen amtlicher Statistik seien insbesondere  
von hervorragender Bedeutung für die Finanzgesetzgebung und Reparationsfra-  
gen. Eine Einsparung an dieser Stelle wäre verfehlt.

Staatssekretär Dr. Schäffer sagte zu, dass dieser Gesichtspunkt bei den  
Etatsverhandlungen durch die Regierung berücksichtigt werden würde. Er schlug  
vor, die Spezialfrage des Statistischen Reichsamts in einer Sondersitzung des  
Haushaltsausschusses oder beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums einge-  
hend zu behandeln.

Hierauf vertagte sich der Ausschuss auf Sonnabend.

---

SPD. Im Sitzungssaal des Reichstags fand am Freitag der Landgemeindetag  
1930 statt. Die Anwesenheit des Reichskanzlers Brüning, mehrerer Reichsministe-  
sowie des preussischen Innenministers Severing und zahlreicher Staatssekretäre  
verlieh der Tagung einen hochpolitischen Charakter.

Reichskanzler Brüning: Die Regierung wisse genau, dass der fürchterliche  
Stoss der Agrar- und Industriekrise die Landgemeinden, die ohne steuerliche  
Reserven daständen, besonders hart treffe. (Sehr richtig!) Deutschland sei  
aber nicht das einzige Land, das die Wirtschaftsentwicklung falsch eingeschätzt  
habe und nunmehr zu drakonischen Sparmassnahmen greifen müsse; die Politik der  
Reichsregierung habe die stärkste Unterstützung auch der preussischen Regie-  
rung und aller Länderregierungen gefunden. Die Lage sei erheblich ernster als  
Ende 1923. Man könne diesmal nicht ein Wunder erwarten, wie es seinerzeit die  
Schaffung der Rentenmark darstellte. Was man zuächst tun könne, sei nur, eine  
Stabilisierung der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft herbeizuführen. Wer  
glaube, dass die Reparationen allein die Schuld für unsere Schwierigkeiten

haben, verschliesse die Augen vor der Wirklichkeit.

Sodann nahm, stürmisch begrüsst, der preussische Innenminister Severing das Wort. Die preussische Regierung und besonders der Innenminister als Kommunalaufsichtsminister haben die gleichen Sorgen wie die Reichsregierung. Und er gestehe, dass die täglich wachsenden Schwierigkeiten der kleinen Gemeinden diese Sorgen täglich vergrösserten. Erörterungen über eine Reform der Selbstverwaltung seien in diesem Augenblick, wo die Regierung fast jeden Tag Staatskommissare einsetzen muss, nicht am Platze. Aber man könne wohl Rationalisierungsmassnahmen in der Verwaltung, etwa durch Zusammenlegung von leistungsschwachen Landkreisen und Gemeinden, durchführen. (Unruhe) Hier aber seien gerade die Vertreter der kleinen Landgemeinden die stärksten Befürworter, alles beim alten zu belassen. Zu der Frage der Arbeitszeitkürzung erklärte Severing, dass sie im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchaus zu vertreten sei. Als Kommunalminister Preussens werde er sich gegen etwaige Pläne auf Rechtlosmachung der Beamten wenden. Die Beamten müssten aber begreifen, dass sie gegenüber dem Heere der Arbeitslosen in der heutigen Zeit doch erheblich günstiger daständen. Severing schloss mit einem Appell zu gemeinsamer Arbeit an der Ueberwindung der gegenwärtigen Notzeit.

Nach weiteren Begrüssungsansprachen nahm dann das Wort zu seinem Vortrage über den Einfluss der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen der frühere Reichsfinanzminister Abg. Dr. Hilferding: Zwischen der Wirtschaftskrise, den Gemeindefinanzen und dem allgemeinen Sanierungsprogramm bestände engster Zusammenhang. Die Krise der öffentlichen Finanzen sei ebenso international, wie die Wirtschaftskrise eine Weltkrise sei. Die öffentlichen Finanzen Englands, Italiens und selbst der Vereinigten Staaten seien ebenso wenig vom Defizit verschont geblieben wie die deutschen Finanzen. Die Ursache sei also nicht die individuelle Finanzpolitik, sondern die allgemeine Wirtschaftskrise. Die Konjunkturrempfindlichkeit der öffentlichen Finanzen sei in den letzten Jahren gestiegen. Nun falle mit der Industriekrise leider auch eine Agrarkrise zusammen, sodass die Landwirtschaft als Steuerzahler überhaupt nicht mehr ins Gewicht falle. Die Krise wachse mit der absoluten Erhöhung der Steuern und damit werde die Verflechtung von Wirtschaftslage und Etat immer enger. Die öffentlichen Körperschaften haben heute keine Reserven mehr und es sind auch die steuerlichen Möglichkeiten erschöpft. In der jetzigen Depression hat eine Steuererhöhung nicht mehr die Wirkung einer Einnahmeerhöhung, sondern führt nur zu Kapital- und Steuerflucht. Das zeigt sich sogar in dem reichen England. Die Steuererhöhung führt heute weiter zu einer Verschiebung der Rentabilitätsgrenze, die Betriebe kommen dabei schneller zum Erliegen als in der Vorkriegszeit. Auch dadurch sei die Verflechtung zwischen Konjunktur und Budget stärker geworden. Wie wirkt die Krise nun auf die Einnahmen des Deutschen Reiches? Der Ausfall in einem Krisenjahr beläuft sich auf etwa 1200 Millionen gegenüber einem Normaljahr. Die Belastung der Gemeinden durch die Krisenfürsorge spielte noch 1928 keine entscheidende Rolle. Seitdem ist sie aber dauernd gestiegen und ist heute zum ernstesten Problem unseres gesamten Finanzbedarfs geworden. Hinzu kommt die Krise der Landwirtschaft, deren Unterstützung nicht nur eine Belastung des Etats mit etwa 100 Millionen bedeutet, sondern auch eine Belastung der ganzen Volkswirtschaft, denn sie bringt eine Verschiebung der Kaufkraft und eine Verteuerung der Lebenshaltung. Die jetzige Zeit ist eine Schicksalsfrage für die deutschen Gemeinden nicht nur finanziell, sondern auch mit Rücksicht auf die Erhaltung der Selbstverwaltung überhaupt. Die Gemeinden sind jetzt genötigt im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Selbsterhaltung zu sparen auch an den Personalaufwendungen. Sie sollten nicht aus Anhänglichkeit an eine überlebte Tradition daran festhalten, dass die Gehälter und die Ruhegehälter ihrer Beamten erheblich über den entsprechenden Sätzen der Reichsbeamten liegen. Wenn die Krise die öffentlichen Körperschaften mit 3 bis 3½ Milliarden mehr belastet, wenn unser Etat schon vorbelastet ist mit den Kriegslasten, so kann man nicht das ganze Problem mit Steuererhöhungen meistern.

Das Unglück wäre, dass der öffentliche Kredit durch unbesonnene Reden systematisch geschädigt würde. Das Sanierungsprogramm der Regierung kann mitwirken, den öffentlichen Kredit wieder herzustellen. Wir brauchen den öffentlichen Kredit, denn ein Land, das einen Krieg verloren hat, muss die gegenwärtige Notzeit überbrücken können. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist schwerer als frühere, aber sie ist doch als Krise der kapitalistischen Wirtschaft eine Konjunkturerscheinung, die wir überwinden werden, wie früher Krisen überwunden worden sind.

Die Aussprache über die Vorträge findet in einer geschlossenen Vertretertagung am Sonnabend statt.

SPD. München, 21. November (Eig. Dräntb.)

An den Studentenwahlen der Münchener Universität, die am Donnerstag ohne Zwischenfall vor sich gingen, beteiligten sich rund 7500 Studenten, was einer Wahlbeteiligung von 91,5 Prozent entspricht. Trotz des von den Nazis seit Wochen geübten Terrors, der seinen Höhepunkt in der blutigen Sprengung der sozialistischen Studentenversammlung hatte, erlitten die Hakenkreuzler eine schwere Enttäuschung. Von 30 Vertretern erhielten sie im ganzen zehn (im letzten Wintersemester sechs), während sie nach eigenen Voraussagen mit der sicheren Erringung der absoluten Mehrheit gerechnet hatten. Die waffentragenden Korporationsstudenten erhielten sechs (8), der Deutschnationale Widerstandsblock zwei (2), die beiden katholischen Listen zusammen sieben (8), die deutschvolksparteiliche Finkenschaft zwei (3), die demokratische Hochschulgruppe zwei (2) und der sozialistische Studentenbund, der zum erstenmal mit einer eigenen Liste hervortrat, erhielt mit 337 Stimmen ein Mandat (0). An der Technischen Hochschule in München ist das Wahlergebnis ungefähr dasselbe.

SPD. Hannover, 21. November (Eig. Dräntb.)

Der Ruhm der Hakenkreuzler, absolut waschechte Fememörder an führender Stelle der Partei zu haben, liess die Kommunisten nicht schlafen. Nun haben sie zwar keinen waschechten Fememörder, aber in der Person des Zuchthäuslers Margies verfügen sie doch über einen richtigen Mörder und Verbrecher. Dieser Margies gab am Donnerstag ein Gastspiel in Hannover. Der gewerbsmässige Winbrecher wurde als revolutionärer Held mit Musik, Blumen und Fackeln feierlichst empfangen. Seine Versamlungsrede war eine beschämende Entlarvung der KPD. U.a. führte er im wesentlichsten aus: "Bald werden wir gezwungen sein, die Macht zu ergreifen. Heinz Neumann in Berlin hat schon gesagt, dann würde ich, Margies, der Henker des revolutionären Tribunals. Dann kommt zunächst das Gesoxe vom "Vorwärts" und ähnliches Gesindel dran. Bei diesen Leuten werde ich pro Kopf nur zwei Pfennig verlangen, denn mehr sind diese Köpfe nicht wert. Natürlich muss ich, um leben zu können, als Henker Ueberstunden machen. Das werden mir aber hoffentlich die Kommunisten nicht ubelnehmen." Dem Polizeioffizier, der seinerzeit Margies vernommen hat, will er gesagt haben, "ich hoffe sehr, mit ihrer Kohlrübe noch einmal Fussball spielen zu können". Der Tiefstand des Geredes, das weiter nichts als eine üble Mordhetze darstellte, war beschämend. Eine Partei, die einen solchen Mann herausstellt, richtet sich selbst.

SPD. Zwickau, 21. November (Eig. Drahtb.)

In Zwickau wurde am 17. November eine 76 jährige Frau Rudolph ermordet. Den Ermittlungen der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Täter am Busstag zu verhaften. Es handelt sich um den Reisenden Kurt Schanze, der einen eben erst aus der Haft entlassenen Gieler zu der Tat angestiftet hat. Wie das "Sächsische Volksblatt" am Freitag mitteilt, gehört Schanze der Nationalsozialistische Arbeiter-Partei sowie der SA-Abteilung an.

SPD. Köln, 21. November (Eig. Drahtb.)

In einer Pressebesprechung teilte Regierungspräsident Elfgem mit, dass das Festkomitee des Kölner Karnevals einstimmig beschlossen hat, den Rosenmontagszug im nächsten Jahre ausfallen zu lassen. Weiter hat der Regierungspräsident in Köln angeordnet, dass karnevalistische Sitzungen, Bälle usw. nur in der Zeit von 4 Wochen vor Karnevalssonabend an den Karnevalstagen selbst sowie am Silvester und Neujahr zugelassen werden sollen.

SPD. Weimar, 21. November (Eig. Drahtb.)

Im Thüringischen Landtag kam am Freitag ein sozialdemokratischer Antrag zur Abstimmung, der eine Million Mark forderte, die den Bezirksfürsorgeverbänden zur Unterstützung besonderer Hilfsbedürftiger zur Verfügung gestellt werden sollten. Da nach der Verfassung des Landes keine Ausgaben beschlossen werden sollen, ohne auch gleichzeitig zu sagen, wie die Deckung erfolgen soll, schlug die SPD in ihrem Antrag vor, die Gewerbsteuer aus dem Ertrag für diejenigen Gewerbebetriebe, die 9500 Mark und mehr Ertrag aus ihrem Gewerbe jährlich erzielen, um 1 Prozent zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von allen Regierungsparteien und sonderbarerweise auch von den Kommunisten bekämpft. Die Kommunisten erklärten sich zwar bereit, für die 1 Million Mark neue Ausgaben zu stimmen, lehnten aber den Deckungsvorschlag der SPD ab, sodass die Regierung den Antrag nicht durchzuführen brauchte. Die Nationalsozialisten verlangten, dass zur Deckung dieses Antrages die Lohnsummensteuer für die Arbeiter-Konsumvereine und für die Warenhäuser von dem bisherigen Satz von 6 Prozent der Lohnsumme auf 24 Prozent erhöht werden soll. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt mit den Stimmen aller Regierungsparteien. Auch die Nationalsozialisten stimmten dagegen. Damit war auch der Antrag der Nationalsozialisten gefallen, die Lohnsummensteuer zu erhöhen. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme, weil sie die Erhöhung der Gewerbsteuer von dem Ertrag der Grossverdiener für ungerecht ansahen.

Zur Charakteristik sei erwähnt, dass in Russland die Gewerbsteuer eine der wichtigsten Steuern ist. Der Vertreter der Staatspartei stimmte dem Antrag der SPD zu mit der Begründung, dass sich jetzt ja auch die Beamten eine 6prozentige Gehaltskürzung gefallen lassen müssten. Folglich könnten auch die Grossverdiener des Gewerbes ein Opfer auf sich nehmen.

SPD. Paris, 21. November (Eig. Drahtb.)

Der Kampf um die Aufdeckung der politischen Hintergründe des Oustric-Skandals hat im ersten Gang eine glatte Niederlage Tardieus gebracht. Nicht nur seine eigene Fraktion, die Gruppe der republikanischen Linken, ist aus Rücksicht auf die Wähler von ihm abgefallen, sondern auch die zuständige Kammerkommission hat mit 16 gegen 12 Stimmen beschlossen, die von den Sozialisten und den Radikalen geforderte parlamentarische Untersuchung zuzulassen. So hat sich Tardieu genötigt gesehen, seine stolze Ankündigung, er werde die Vertrauensfrage gegen

jede Untersuchung stellen, selbst zu dementieren und einlenkend zu versichern, dass er natürlich ebenfalls volle Aufklärung wünsche, dass jedoch ein Eingriff in das schwebende Gerichtsverfahren gegen Oustric nicht zulässig sei.

---

SPD. New York, 21. November (Eig. Drahtb.)

Der öffentliche Kampf gegen das überhandnehmende Verbrechertum hat anscheinend ernsthaft eingesetzt. Die Bundesregierung sagte den lokalen Behörden vollste Unterstützung der Bundesbehörden zu und entwickelte eine gemeinsame starke Offensivbewegung, die sich in Chicago bereits fühlbar macht und erfolgversprechend ist. Das Justiz-, Finanz- und Arbeitsdepartement mit der Prohibitions- und Narkotikasteuer und die Einwanderungsbüros und lokalen Amtsstellen haben sich bereits zum gemeinsamen Kampf gegen das Verbrechertum vereinigt, wodurch starke Erfolgsmöglichkeiten gegeben sind. Die Chicagoer Wirtschaftskreise sind ebenfalls zur Ausrottung der Verbrecherbanden entschlossen. Es wurde sofort ein Kampffonds von 5 Millionen Dollar bewilligt; falls notwendig, sollen weitere Millionensummen zur Verfügung gestellt werden.

Es wurde bereits klarstes Beweismaterial zutage gefördert, dass die Chicagoer Polizei mit den Verbrechern eng zusammenarbeitet. Das Material reicht bereits zur Strafverfolgung von 12 Polizeikapitänen und zahlreicher kleinerer Beamter aus. In New York sind ähnliche Bemühungen im Gange.

---

SPD. Rio de Janeiro, 21. Nov. (Eig. Dr.)

Die Regierung hat ein Freilassungsdekret für die politischen Gefangenen des letzten Umsturzes und die gestürzten Regierungshäupter erlassen unter der Voraussetzung, dass sich sämtliche Freigelassenen zu einem freiwilligen 10jährigen Exil bereit erklären. Expräsident Luis, Exvizepräsident Mello Vianna, Exstaatsbankchef Debritto und zahlreiche andere Persönlichkeiten des gestürzten Regimes haben das Angebot angenommen und sich nach Lissabon eingeschifft.

---

SPD. Dresden, 21. November (Eig. Drahtb.)

Anstelle von Oberbürgermeister Blüher tritt der volksparteiliche Parteisekretär Dieckmann in den Landtag ein. Dieckmann ist der Vertreter des extremen Rechtskurses in der Volkspartei, er hat die Volkspartei in die schwere Niederlage bei den Landtagswahlen im Juni geführt und selbst dabei sein Mandat verloren. Er will jetzt durch strammsten Bürgerblockkurs Gnade vor den Augen der Nationalsozialisten finden. Indessen liest man im nationalsozialistischen "Freiheitskampf": "Krachende Volkspartei! Selbst die schönsten Kompromisse und der beste Leim werden dieses Gebilde nicht mehr vor dem endgültigen - und reichlich verdienten Zerfall - retten können! Die nächste Wahl wird das Todesurteil sein!"

---

SPD. Der Reichshaushalt für das Jahr 1931 kommt überraschend pünktlich. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, dass innerhalb des Kabinetts Brüning über die Aufstellung des Sparetats für 1931 nicht diejenigen Kämpfe zu führen gewesen sind, die im Kabinett Hermann Müller für den Etat 1930 ausgefochten wurden. Denn in dem Kabinett Hermann Müller sass die Sozialdemokratie und bemühte sich, den Spartrieb in jedem Falle von den sozialpolitischen Ausgaben abzulenken und ihn auf andere der Sozialdemokratie weniger wichtig erscheinende Reichsausgaben zu richten.

In seinen Grundzügen sieht der Etat für 1931 so aus :

	Zuschussbedarf 1931:	mehr oder weniger gegen- über 1930 :
Reichspräsident . . . . .	0,6 Mill.Rm.	- Mill.Rm.
Reichstag . . . . .	8,0 " "	- 0,2 " "
Reichskanzlei . . . . .	1,5 " "	- 1,0 " "
Auswärtiges Amt . . . . .	52,0 " "	- 4,5 " "
Innenministerium. . . . .	32,0 " "	- 2,4 " "
Wirtschaftsministerium. . . . .	12,5 " "	- 4,3 " "
Reichswirtschaftsrat . . . . .	0,7 " "	- " "
Arbeitsministerium . . . . .	1020,7 " "	-445,0 " "
Wehrministerium . . . . .	657,4 " "	- 22,5 " "
Ernährungsministerium . . . . .	36,3 " "	- 27,5 " "
Verkehrsministerium . . . . .	181,7 " "	- 15,5 " "
Versorgung und Ruhegehälter . . . . .	1651,8 " "	- 96,0 " "
Rechnungshof u. Reichssparkommissar. . . . .	3,1 " "	- 0,2 " "
Reichsschuld . . . . .	837,4 " "	-140,7 " "
Reichsfinanzministerium . . . . .	10,2 " "	- 5,9 " "
Kriegslasten . . . . .	1425,1 " "	- 55,3 " "

Bei diesen Zahlen fällt vor allem die ungeheuer starke Verminderung des Etats des Arbeitsministeriums auf. Allerdings stellen 374 Millionen von den insgesamt 445 Millionen Mark Verminderung des Sozial Etats eine Absetzung der Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung dar, da das Reich unter Beibehaltung des 6½%igen Beitrags eine Finanzierung der Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln für durchführbar hält. Der Rest der Streichung im Etat des Reichsarbeitsministeriums setzt sich aus der Aufhebung der gesamten Zuschüsse zur Familienwochenhilfe, einer erheblichen Verminderung der Mittel für die Reichsknappschaft, einer Streichung von 50 Millionen an den Mitteln für den Ausbau und die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung (Lex Brüning) und einer Absetzung der Zuschüsse an die Reichspost für die Auszahlung der Invalidenrenten und den Verkauf der Invalidenmarken zusammen. Dagegen sind in den Etat neu eingestellt 100 Millionen Mark mehr für Krisenfürsorge, deren Ansatz damit auf 400 Millionen gestiegen ist, 7,1 Millionen Mark mehr Reichsbeitrag zur Invalidenversicherung und 6,7 Millionen Mark mehr zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung.

In anderen Etats sind zwar auch Streichungen gemacht worden, aber hier bewegen sie sich durchweg in bescheidenerem Rahmen. Nur das Reichsinnenministerium hat sich anscheinend in sehr unzulänglicher Weise für die so überaus wichtigen Fonds eingesetzt, die dem Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesen dienen. Jedenfalls war es hier dem Finanzministerium gelungen, ganz ausserordentlich schwerwiegende Abstriche durchzusetzen, die aber wenigstens teilweise vom Reichsrat wieder rückgängig gemacht worden sind.

Der Wehretat bringt als Illustration zur Preisabbaubewegung der Reichsregierung eine Erhöhung der Preise für Remontepferde, die dem Reich 156 000 Mark mehr kosten, und eine weitere Vermehrung der Ausgaben für das Kraftfahrwesen um 391 000 Mark. Die Marine hält es für angebracht, im Sparjahre 1931 1,3 Millionen Mark mehr für Schiessübungsmunition zu verlangen, für die demnach insgesamt 6,5 Millionen ausgegeben werden müssen. Dazu enthält der Marineetat einen Ansatz von 6,1 Millionen Mark als erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers "Ersatz Lothringen", von weiteren 2,9 Millionen Mark für den Bau von 5 sogenannten U.Z.-Booten (Bewachungsfahrzeuge), und schliesslich eine erste Rate von 1,5 Millionen Mark für den Bau von 7 C.F.-Booten (Sperrübungsfahrzeuge). Durch Absetzung und Verminderung an anderen Stellen erhöht sich der Marineetat trotzdem "nur" um 2,8 Millionen Mark.

Bekanntlich möchte die Reichsmarine am liebsten bereits anlässlich der Verabschiedung des Etats für 1931 ihr gesamtes Flottenbauprogramm für die nächsten 6 Jahre durch den Reichstag gesetzlich festlegen lassen. Aber schon im Reichsrat ist dieser Vorstoss der Marine auf erhebliche Schwierigkeiten ge-

stossen. Der Reichsrat hat dem Reichstag das von der Marine mit dem Etat als "unteilbares Ganzes" verbundene Marinebauprogramm für die nächsten Jahre nur als "Anhalt" überwiesen, und im Reichstag wird es zweifellos zu einer Auseinandersetzung darüber kommen, ob für die Reichsmarine nicht die Grundsätze des Haushaltsrechts ebenso gelten, wie für alle anderen Reichsbehörden.

Der Luftfahretat vermehrt sich um weitere 800 000 Mark auf rund 40 Millionen Mark dadurch, dass die Zuschüsse an den Zeppelin von den einmaligen in die fortdauernden Ausgaben übernommen worden sind. Für Verzinsung der Reichsschuld sind 27,5 Millionen Mark mehr als im Vorjahre erforderlich, weil die Reichsschuld sich entsprechend vermehrt hat. Schliesslich sind im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung 4 Millionen Mark als Zuschüsse an die Arbeiter der Zigaretten- und Tabakbetriebe eingesetzt, die infolge des Tabaksteuergesetzes arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt werden.

Die Reichsregierung hat die Absicht, den Reichshaushalt für 1931 Anfang Dezember 1930 dem Reichstag vorzulegen. Unter diesen Umständen ist anzunehmen, dass zum ersten Mal seit dem Jahre 1928 wieder mit einer normalen Beratungszeit für den Reichshaushalt im Haushaltsausschuss des Reichstags gerechnet werden kann, da der Etat für 1931 erst am 1. April 1931 zu laufen beginnt. Das scheint umso nützlicher, als sich in den letzten Jahren der Brauch herausgebildet hat, auch im Haushaltsausschuss im Schnellzugstempo über die einzelnen Etats hinwegzubaufen, sodass an eine wirklich verantwortungsvolle Kritik der einzelnen Posten der Reichsausgaben nicht mehr zu denken gewesen ist. Schon eine Änderung dieses Zustandes wird wesentlich dazu beitragen, manchen Reichsverwaltungen ins Gedächtnis zurückzurufen, wie sehr sie vom Budgetrecht des Reichstags für ihre Politik, und nicht allein für ihre Ausgabenpolitik, abhängig sind.

-----  
SPD. Paris, 21. November (Eig. Drahtb.)

Es ist sicher nicht die beste Methode, Probleme wie die Abrüstung, die Revision der Verträge und die Durchführung des Young-Planes, die heute, 12 Jahre nach Kriegsende noch die tiefsten Leidenschaften in den Völkern aufrühren können, in der Form einer öffentlichen Polemik der leitenden Staatsmänner zwischen Berlin und Paris zu behandeln. Dabei ist allerdings nicht zu übersehen, dass es gerade der französische Ministerpräsident Tardieu war, der aus innerpolitischen Rücksichten im Gegensatz zu der taktvollen Zurückhaltung seines Aussenministers Briand als erster die Diskussion auf die Strasse getragen hat. Seine bruske Offensive gegen Deutschland, die die Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten ewig aufrecht erhalten wollte, konnte nicht ohne Antwort bleiben.

Die Kommentare der Pariser Presse zur Rede des Reichsaussenministers sind immer noch recht spärlich. Der Oustric-Skandal mit seinen politischen Hintergründen, der die Existenz des Kabinetts Tardieu wiederum aufs schwerste gefährdet, beschäftigt die politischen Kreise allzu stark. In den zuständigen französischen Stellen aber erkennt man unumwunden an, dass Curtius in seiner Sprache grösste Zurückhaltung geübt und erneut betont habe, dass Deutschland sich in seiner Aussenpolitik nur friedlicher Mittel bedienen werde. Der Inhalt seiner Rede bringe sicherlich nichts, was nicht schon früher von deutscher Seite gesagt worden wäre.

Die französische reaktionäre Presse dagegen sucht natürlich wieder alles in Bewegung zu setzen, um jene Panikstimmung gegen den deutschen Störenfried wieder anzufachen, die Briand mit seiner letzten Kammerrede erfolgreich bekämpfen konnte. Für die französischen Patrioten bedeutet die Rede Curtius' einen angeblichen Beginn eines neuen Abschnittes in der deutschen Aussenpolitik der Abkehr von Locarno und Eröffnung aktivster Revisionsbestrebungen. Aber schon der "Temps" gibt zu, dass Dr. Curtius aus innerpolitischen Rücksichten zu schärferer Sprache in Berlin genötigt gewesen sei, als er sie bisher in

Genf geführt habe, und zwar aus der Sorge heraus, jene Elemente der deutschen Mittelparteien bei der Stange zu halten, die unter dem Einfluss der Rechten stehen, die aber für die Existenz des Kabinettes Brüning unbedingt nötig seien. Was in Paris am meisten verstimmt zu haben scheint, ist der neue Vorstoss in der Abrüstungsfrage, denn hier weiss man die Position Frankreichs am schwächsten. Man ist sich bewusst, dass Deutschland mit seinem Verlangen nach voller Gleichberechtigung in der Abrüstung und der Sicherheit nicht allein dasteht. Was den Young-Plan angeht, so tröstet man sich mit dem Bewusstsein, dass Curtius selbst die sofortige Erklärung eines Moratoriums für untunlich bezeichnet hat, und die Revisionsfrage endlich glaubt man hier für augenblicklich inaktuell ansehen zu können.

-----

SPD. Paris, 21. November (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Freitag beschlossen, bei der Abstimmung über die Genehmigung eines Ausnahmekredits von einer Milliarde für die Auffüllung der Munitions- und Heeresbestände gegen die Regierung zu stimmen. Die Abgg. Renaudel und Paul Faure wurden beauftragt, den Standpunkt der Fraktion in der Debatte zur Geltung zu bringen.

-----

SPD. Darmstadt, 21. November (Eig. Drahtb.)

Wegen Beleidigung des hessischen Innenministers Leuschner erhielt der Nationalsozialist Abt 2 Wochen Gefängnis. Das nationalsozialistische Stadtratmitglied, der 27jährige Kaufmann Abt zu Darmstadt hatte in einer öffentlichen Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Dr. Feder sprach, behauptet, das Ministerium des Innern habe die Polizeibeamten angewiesen, Zusammenstösse in nationalsozialistischen Versammlungen zu provozieren.

-----

SPD. Paris, 21. November (Eig. Drahtb.)

Nach einer alarmierenden Meldung des "Populaire" aus Madrid hat der König von Spanien in der Sonntag Nacht mit einer Reihe ihm ergebener höherer Offiziere eine geheime Konferenz abgehalten, deren Gegenstand die Aufstellung einer militärischen Diktatur innerhalb 48 Stunden gewesen sein soll. In der Geheimsitzung haben teilgenommen: der General Martinez Anido, Innenminister unter der Diktatur Primo de Riveras, General Lano, gleichfalls Mitglied des ehemaligen Primo-Kabinettes, ferner die Generäle Barrera und Mola, letzterer gegenwärtiger Chef der Polizei. General Berenguer ist in das Königskomplot nicht hineingezogen worden, was aus einem Kommuniqué des Generals hervorgeht, in dem er die Massen des Landes zur Ruhe aufruft, was immer geschehen werde, in dem er weiter leise andeutet, dass Ereignisse eintreten könnten, für die er jede Verantwortung zwar ablehnen müsse, die zu verhindern aber er nicht die Kraft und die Macht besitze. Nach der Meldung des "Populaire" kann der König auf die Unterstützung der Polizei und eines grossen Teiles der Armee rechnen, während die gesamte Arbeiterschaft und mit ihr die ganze studierende Jugend Spaniens geschlossen gegen eine Willkür-Regierung stehen.

-----

SPD. Paris, 21. November (Eig. Drahtb.)

In Lyon wurde in der Nacht zum Freitag der Körper des vorletzten bei den Hilfsarbeiten verschütteten Feuerwehrmannes gefunden. Der Leichnam des Ärmsten ist von einem schweren Felsblock so zerquetscht und der Kopf vom Rumpf getrennt worden, dass es unmöglich ist seine Identität zu erkennen. Erst wenn

man den letzten Leichnam gefunden haben wird, wird man versuchen können, diese mit Blut getränkte Körpermasse zu identifizieren. Die Frau eines der beiden letzten Feuerwehrmänner ist angesichts des Toten wahnsinnig geworden. Die Zahl der durch die Katastrophe obdachlos gewordenen beträgt 800. Sie wurden etwa zur Hälfte in Hospitälern und Klöstern, die andere Hälfte bei Verwandten schlecht und recht untergebracht. Der verursachte Schaden wird jetzt auf mindestens 20 Millionen Franken beziffert.

---

SPD. Paris, 21. November (Eig. Drahtb.)

Ueber der Hafenstadt Toulon wurden in der letzten Nacht von Flugzeugen Proben gemacht, ob bei vollkommener Verdunkelung der Stadt eine Orientierung bei Luftangriffen möglich ist. Die Vorbereitungen zu dem Manöver begannen kurz nach Mitternacht, während sich die Flugproben zwischen vier und fünf Uhr morgens abspielten. Den Anfang und das Ende der Versuche verkündeten Sirenen, die in den Werften und Marinearsenalen bedient wurden. Punkt vier Uhr begaben sich auf die Zeichen hin die mobilisierten Feuerwehrleute, Schutzmannschaften und Matrosen mit Gasmasken versehen auf ihre Beobachtungsposten, während Beamte der Gas- und Elektrizitätsgesellschaften für die Unterbrechung des Stromes sowie die Verlöschung aller Lichtquellen sorgten. Die Verdunkelung der Stadt gelang vollkommen. Ueber Toulon kreuzende Flugzeuge stellten fest, dass die Orientierung oder das Erkennen strategischer Punkte von der Luft aus in diesem Zustande der Stadt vollkommen unmöglich sei.

---

SPD. Bochum, 21. November (Eig. Drahtb.)

Die Funktionäre des Gesamtverbandes des Gebietes der Rheinisch-Westfälischen Strassenbahnen nahmen am Freitag in einer Konferenz in Duisburg Stellung zu dem vom Arbeitgeberverband geplanten Lohnabbau für die Strassenbahner. Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Gedanke eines Lohnabbaus auf den Stand von 1927 schon monatelang und nicht nur in Kreisen des Arbeitgeberverbandes der rheinisch-westfälischen Strassenbahnen, sondern in grösserem Kreise erwogen worden sein müssten. Die Lage sehr vieler Betriebe sei lange nicht so schlecht, wie sie von Unternehmerseite aus durchsichtigen Gründen hingestellt werde. Die Essener Strassenbahn z.B. hätte die Absicht, wieder zehn Prozent Dividende zu verteilen. Die Dortmunder Strassenbahn leistete sich aus Betriebsmitteln grössere Anschaffungen und Schuldentilgungen und die Betriebs-einschränkungen würden in vielen Fällen künstlich vorgenommen. Auch sei der Verkehrsrückgang entweder gar nicht oder nur in geringem Masse eingetreten. In den kommenden Schlichtungsverhandlungen soll von Seiten der Arbeitnehmer gefordert werden Verlängerung des Lohn tariffs bis 1. März 1931 d.h. bis zu dem Zeitpunkt des Ablaufs des Reichsmanteltarifs, Kürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, Beseitigung der Wirtschaftsklassen und Erhöhung der bisherigen besonderen Zulagen. In einer einmütig gefassten Entschliessung verlangen die Funktionäre von ihrer Organisation, dass sie in diesen Lohnkämpfen die äussersten gewerkschaftlichen Mittel anwendet, um einen Lohnabbau abzuwehren.

---

SPD. Köln, 21. November (Eig. Drahtb.)

Heute morgen während des Schichtwechsels lösten sich auf der grossen Braunkohlengrube Fischbach bei Horrem an der Strasse Köln-Jülich plötzlich etwa 2 Millionen cbm Abraummasse und stürzten in den Tagebau der Braunkohlengrube. Zwei verheiratete Bergleute, die an der Unfallstelle arbeiteten, wurden

verschüttet und können nur als Tote geborgen werden. Bis jetzt sind sie noch nicht gefunden worden. Das Unglück wird auf die schweren Regenfälle zurückgeführt, die die Tonschicht unter dem Abraum aufgeweicht haben.

SPD. Köln, 21. November (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische "Westdeutsche Beobachter" begrüsst den Rücktritt des Volksparteilers Dr. Scholz mit der Bemerkung: "Hoffentlich sieht das Bürgertum jetzt ein, welchen Stümpern es nachgelaufen ist." Diesen Scholz, der nach nationalsozialistischem Urteil also ein Stümper ist, haben aber dieselben Nationalsozialisten noch vor kurzem zum Präsidenten des deutschen Reichstags vorgeschlagen.

SPD. Köln, 21. November (Eig. Drahtb.)

Der frühere verantwortliche Redakteur der kommunistischen "Sozialistischen Republik", Peter Stahl, der bereits längere Freiheitsstrafen wegen Beleidigung durch die Presse zu verbüssen hat, steht heute wieder einmal vor Gericht. Er erklärte aber, dass er mit dem unter Anklage gestellten Artikel gar nichts zu tun habe. Er sei weder der Verfasser, noch sei er in der Zeit vom August 1929 bis März 1930 in der Redaktion gewesen. Daher könne er, obwohl er für die Zeit als für den lokalen Teil verantwortlich gezeichnet habe, nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Der Verfasser des Artikels sei der Schriftleiter Pinnecke.

SPD. Köln, 21. November (Eig. Drahtb.)

In einem grossen Kölner Unternehmen wurde durch eine überraschende und gründliche Kassenrevision ein Fehlbetrag von 50 000 Mark in der Pensionskasse des Unternehmens entdeckt. Der Prokurist, ein Mann, der 800 Mark Monatsgehalt bezog, soll mit einigen Angestellten gemeinsame Sache gemacht und durch geschickte Fälschungen die seit Monaten vorgenommenen Unterschlagungen vertuscht haben.

SPD. Rom, 21. November (Eig. Drahtb.)

Die Freitag-Ausgabe des vatikanischen Regierungsorgans enthält einen sehr bemerkenswerten und bissigen Ausfall gegen die neue Freundschaft zwischen Italien und Russland. Die antibolschewistischen Tendenzen des Vatikan sind seit der berühmten Enzyklika bekannt. Italiens Verbindung mit Russland sieht er nur höchst ungern. Die gar zu herzliche Rede des neuen italienischen Botschafters in Moskau, eine Rede, in der eine noch weitgehendere Zusammenarbeit versprochen wurde, ging den vatikanischen Kreisen sehr auf die Nerven, wie ja auch das Dekret vom Donnerstag, das eine völlige Militarisierung der gesamten Jugend bezweckt, schon deshalb dem Vatikan missfällt, weil die Ausbildung in den militärischen Kursen am Sonntag zu erfolgen hat. So nimmt das vatikanische Organ die Gelegenheit zu einem Ausfall in einer besonderen Redaktionsnote wahr. Sie spricht von dem in Moskau errichteten antireligiösen Museum, in dem als Kuriosität das Bild aufgehängt ist, auf dem Mussolini und Kardinal Gasparri den Versöhnungsvertrag unterschrieben, um dann zu sagen: "Schliesslich könnte man neben diesem Bild der Versöhnung die herzliche Rede anschlagen, mit der der russische Volkskommissar Italiens Botschafter in Moskau begrüsst und dieser die Wünsche für immer grössere Freundschaft der beiden Länder zum Ausdruck brachte: Freundschaft zwischen Bolschewismus und Faschismus!"

SPD. Paris, 21. November (Eig. Drahtber.)

Mit 585 gegen 10 Stimmen hat die Kammer heute die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission von 33 Mitgliedern beschlossen, die nicht nur den Oustrickskandal, sondern auch alle ähnlichen Skandale seit Kriegsende aufklären soll. Die Regierung Tardieu hat sich also zu einem völligen Rückzug entschliessen müssen, indem sie die Untersuchung zugab. Allerdings hat sie als Gegenleistung für diese Demütigung durchzusetzen versucht, dass die Untersuchung ins Uferlose ausgedehnt werde und nach Möglichkeit mit einer Vertuschung enden soll.

Die Debatte, die diesem Einstimmigkeitsentschluss der Kammer voranging, war eigentlich nichts anderes als ein stundenlanges Waschen schmutzigster Wäsche und wiederholt kam es zu Skandalszenen. Der erste davon brach in dem Augenblick aus, als auf einen anonymen Zwischenruf von Rechts der sozialistische Abgeordnete Renaudel an die nahen Beziehungen Tardiens zu der berüchtigten Kolonialgesellschaft Ngogo Sangha erinnerte. Den Höhepunkt jedoch erreichte der Tumult, als der radikale Parteiführer Daladier in äusserst wirksamer Rede erklärte, kein Vertuschungsversuch könne die volle Aufklärung des Oustrickskandals verhindern. An der Börse erzähle man sich offen, dass nicht weniger als 32 Parlamentarier dabei aufs schwerste kompromittiert seien und dass von diesen kompromittierten Persönlichkeiten sogar mehrere als Minister in der Regierung sässen. Nicht minder scharfen Widerspruch rief der kommunistische Abgeordnete Doriot hervor. Er beschränkte sich darauf, die Korruption der kapitalistischen Regierung Tardieu zu brandmarken und zu erklären, dass alle diese dunklen Spekulanten, die auf den Bänken der Regierung in der Kammer sässen, in Russland längst erschossen worden wären.

Der Ministerpräsident Tardieu, der durch die wiederholten persönlichen Angriffe aufs äusserste gereizt war, versuchte zum Schluss noch in neuen Provokationen sein Heil. Er erklärte, er wolle genau wie die Antragsteller der Linksparteien die volle Aufklärung des Oustrickskandals, doch ist es nicht nur dieser Skandal allein. Er fordere volle Klarheit über alle dunklen Affären, angefangen von den Kriegsgeschäften über die Wahlbestechungen von 1924 bis zum heutigen Tage. Man werde dann sehen, wer am besten dabei fahren werde und wer am meisten von der Untersuchung zu befürchten habe, die Mehrheit oder die Opposition.

Die Untersuchungskommission wird am nächsten Dienstag von der Kammer gebildet werden und soll sofort mit der Aufnahme ihrer Tätigkeit beginnen.

Der Debatte über den Oustrickkrach war der Beginn der Interpellationsdebatte über die Misswirtschaft im französischen Fliegerwesen vorangegangen. Auch hier kamen die tollsten Korruptionsgeschäfte zutage. So wusste der Abg. Bouesse zu berichten, dass ein Offizier der Fliegerwaffe von einem Industriellen 400 000 Franken Bestechungsgelder erhalten habe.

SPD. Genf, 21. Nov. (Eig. Drahtber.)

An den Hängen des Kilchenstocks haben sich durch die starken Regenfälle bedeutende Erdrutschbewegungen bemerkbar gemacht, sodass die schweizerischen Behörden die stark bedrohten Dörfer Linthal und Ennelinthal räumen liessen. Die Bewohner wurden mitsamt ihrem Vieh und ihrer Habe auf die Dörfer des Linthales bis nach Glaris und Braunwald verteilt. Die Regenfälle dauern an.

SPD. Wien, 21. November (Eig. Drahtb.)

Am Freitag vormittag fanden zwischen Vertretern der christlich-sozialen Fraktion und des Schoberblocks Besprechungen statt, in denen die Vertreter des Schoberblocks erklärten, dass die Regierung Vaugoin nicht als verfassungsmässige Regierung angesehen werden könnte, da sie sich nicht dem Nationalrat vorgestellt habe. Auf Verlangen der Christlich-Sozialen wurde dann die Besprechung unterbrochen, damit sie ihrer Fraktion Bericht erstatten könnten. Mittags tagte dann die christlich-soziale Fraktion über deren Verlauf eine offizielle Verlautbarung ausgegeben wird, dass volle Einmütigkeit zutage trat und volles Vertrauen zur Regierung, insbesondere zu ihrem Chef. Die Fraktion wird am Dienstag vormittag neuerdings zusammentreten, inzwischen notwendig werdende Verhandlungen würde das Präsidium führen. Am späten Abend ist über die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien eine offizielle Verlautbarung ausgegeben worden, in der erklärt wird, dass die christlich-sozialen Vertreter im Einvernehmen mit den Vertretern des Schober-Blocks feststellen konnten, dass die sächlichen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit dem Schober-Block unter Führung der christlich-sozialen Partei grundsätzlich gegeben seien. Auch über die Einbeziehung des Heimatblocks in die parlamentarische Mehrheit hätte sich prinzipielle Übereinstimmung ergeben. Grundlagen für die parlamentarische Zusammenarbeit der Mehrheitsgruppen sollten besonderen Abmachungen vorbehalten bleiben. Die Unterhändler der Christlichsozialen stellten fest, dass nach der Verfassungsreform die Bestellung der Regierung ausschliesslich Vorrecht des Bundespräsidenten sei. Sie könnten infolgedessen auf Verhandlungen über die Personenfragen jetzt nicht eingehen. Noch im Laufe des Abends begaben sich die Vertreter der Christlich-Sozialen zum Bundespräsidenten, um ihm über das Ergebnis der Besprechungen Mitteilung zu machen.

Von Abgeordneten des Schober-Blocks wird gegenüber dieser Verlautbarung erklärt, es sei nicht richtig, dass die Vertreter des Schoberblocks grundsätzlich der Einbeziehung des Heimatblocks zugestimmt hätten. Ueber die nachmittäglichen Verhandlungen zwischen Christlich-Sozialen und Schoberblock erfährt man von privater Seite, dass der Obmann der Christlichsozialen Dr. Buresch mitgeteilt hätte, seine Vollmachten reichten zu weiteren Verhandlungen nicht aus, und dass er sich dann zum Bundespräsidenten begeben habe. Es heisst auch, dass Vaugoin sich an sein Amt klammert und dass ihm deshalb in der christlich-sozialen Verlautbarung eine Vertrauenskundgebung im Club bescheinigt wurde, um so mehr, da nach dem 19. November allgemein auffiel, dass ihm damals kein Vertrauen ausgesprochen wurde. Es wird nun morgen der Bundespräsident die Parteiführer empfangen, um mit ihnen über die Lösung der Krise zu sprechen.

Ueber die Stellung der Sozialdemokraten schreibt die "Arbeiterzeitung" in ihrem Leitartikel u.a., dass jede Einbeziehung des Heimatblocks in die Regierungskoalition der klaren Entscheidung des Volkes widerspreche. Die Entscheidung des Volkes habe die Sozialdemokraten zur stärksten Partei gemacht. Die Sozialdemokraten strebten nicht nach Ministerstellen, aber sie haben nach der Entscheidung des Volkes Anspruch auf volle Gleichberechtigung und Mitbestimmung. Die Fortführung eines antimarxistischen Kurses widerspreche also der Entscheidung des Volkes.

-----

SPD. London, 21. November (Eig. Drahtb.)

Die erste Phase der englisch-indischen Konferenz wurde am Freitag durch eine Rede MacDonaldis beendet. Vorher hatten sich noch einmal die verschiedensten Redner erhoben. Welche Klasse oder Religion die Sprecher vertraten, das A und O aller Ausführungen war: Dominion status, Selbstverwaltung, Gleichberechtigung.

Besonders eindrucksvoll sagte es u.a. Professor Ambedka, einer der Vertreter der bedrücktesten indischen Kaste, der Unberührbaren. Er sprach im Na-

men von 43 Millionen Menschen, denen im eigenen Volk nicht einmal die einfachsten Menschenrechte gewährt sind. Einst, sagte Ambedka, hatten wir die Engländer als Befreier begrüßt. Bevor die Engländer kamen, durften wir nicht einmal unser Wasser aus den gemeinsamen Brunnen schöpfen. Es ist heute noch so und nichts hat sich geändert. Die Freiheit und Gleichheit Indiens muss zugleich eine Befreiung der Unberührbaren sein aus der Knechtschaft und unwürdigem Menschendasein. Das ist es, was wir von dieser Konferenz erwarten.

Der Vertreter der christlichen Inder wünscht in der neuen Verfassung den Schutz der religiösen Minderheiten garantiert zu sehen. Und so enthüllt die Generaldebatte nicht nur das Zentrproblem Indiens, sondern zugleich alle Wünsche und Fragen, die diesen Kontinent und seine 320 Millionen Menschen bewegen. Mit Recht konnte MacDonald in seinem Schlusswort darauf hinweisen, dass dieser Kongress zum ersten Mal in der Geschichte das gesamte indische Volk vereint habe und was auch die Beschlüsse des Kongresses und das künftige Schicksal Indiens sein mögen, ein Meilenstein in der Entwicklung sei erreicht. Er gebe kein Zurück in die Vergangenheit. Darauf dürften wir stolz sein. Es gälte hier nicht Reden und Debatten zu hören, sondern zu helfen. Wir sind nicht das Sprachrohr der Vergangenheit, sondern der Wegweiser für die Zukunft. Damit endete die Generaldiskussion und beginnt die Arbeit der Kommissionen, deren Aufgabe es ist, die indische Verfassung auszuarbeiten. Nicht ob diese Verfassung die Gleichberechtigung Indiens sein soll, sondern wie und in welcher Form, das ist die einzige Frage, in die sich die Konferenz zugespitzt hat.

-----  
SPD. Genf, 21. November (Eig. Drahtb.)

Der italienische Ministerrat hat das Gesetz angenommen, das die Dienstzeit für die aktive Armee auf 15 Monate festsetzt. Bei besonderen Familienverhältnissen soll auch eine Begrenzung auf 12 oder gar 6 Monate für die jungen Rekruten angesetzt werden.

-----  
SPD. Stuttgart, 21. November (Eig. Drahtb.)

Dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dreher-Ulm war in der Wahlbewegung zum Vorwurf gemacht worden, er habe im Frühjahr 1928 den Versuch gemacht, neben seinen Reichstagsdiäten auch noch Erwerbslosenunterstützung zu beziehen. Dreher hat nun den Redakteur eines bürgerlichen Ulmer Blattes, der die Meldung übernommen hatte, wegen Beleidigung verklagt. Der Redakteur wurde wegen formaler Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Aus der Beweisaufnahme ging hervor, dass Dreher zwar Erwerbslosenunterstützung nicht bezogen hat und auch nicht in der Erwerbslosenliste stand, dass Dreher aber tatsächlich an den Präsidenten des Reichstages ein Schreiben gerichtet hat, in dem er wegen Erwerbslosenunterstützung anfragte. Dem würdigen Vertreter des dritten Reiches war die Sache so peinlich, dass er vor Gericht erklärte, er hätte das Schreiben nur abgesandt, um dem Reichstagspräsidenten zu zeigen, was der ganze Reichstagsrummel wert sei.

-----  
SPD. London, 21. November (Eig. Drahtb.)

Die deutschen Proteste gegen den zur Zeit in London aufgeführten amerikanischen Film Hells angels finden in der hiesigen Presse ein lebhaftes Echo. Das bedeutet vorerst nur eine Reklame für das geschmacklose amerikanische Machwerk, das weitab von jeder Kunst nur auf die nationalen Instinkte spekuliert. Ein Zeppelin-Angriff auf London, wie er in dem Film dargestellt wird, muss natürlich die Neugier der Massen wecken und zu einem Kassenstück werden. Irgendwelche Schritte sind von deutscher Seite nicht unternommen worden. Vielleicht

wäre es sogar klüger und erfolgreicher gewesen, durch andere private Mittel gegen diesen Film vorzugehen. Er sollte für die Fabrikanten selbstverständlich ein gutes Geschäft werden und in dieser Beziehung haben die Amerikaner alle Ursache, das deutsche Publikum auch ausserhalb der deutschen Grenzen nicht zu verletzen. Von alledem abgesehen wäre es an der Zeit, 12 Jahre nach dem Waffenstillstand die Kriegshetze der Nationalisten und Militaristen aller Länder und in jeder Form zu beseitigen.

-----

SPD. London, 21. November (Eig. Drahtb.)

Mary Scharliab, eine mutige und verdiente Vorkämpferin für die Gleichberechtigung der Frauen, ist am Freitag in London im Alter von 85 Jahren gestorben

-----

SPD. London, 21. November (Eig. Drahtb.)

Die am Donnerstag abend im Unterhaus stattgefundene Fraktionssitzung der Labour Party, die bis in die Nacht andauerte, beschäftigt am Freitag die gesamte englische Presse. Die Labour-Abgeordneten hatten über Disziplinbrüche einiger Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei zu entscheiden. Bis auf die des Abgeordneten Brown waren alle Fragen erledigt. Brown weigerte sich jedoch, eine befriedigende Erklärung abzugeben und es lag eine Resolution vor, die Angelegenheit der Exekutive der Labour Party zu überweisen. Das benützte wieder einmal Oswald Mosley zu einer scharfen Attacke gegen die Regierung und gegen die Parteileitung, wobei er zugleich dem Abgeordneten Brown die volle Unterstützung der Mosley-Gruppe zusicherte. Für Brown war das jedoch ein Bärendienst. Ausser seiner Kritik an der Regierung und Parteileitung hat Mosley kaum eine Ideengemeinschaft mit der Unabhängigen Arbeiterpartei. Diese ist der linke Flügel der Labour-Party und Mosley steht auf dem äussersten rechten. Der Antrag, Brown der Exekutive zu melden, der noch Aussicht gehabt hätte, fallen gelassen zu werden, wurde nach der Rede Mosleys mit 116 gegen 35 Stimmen angenommen, und selbst viele I.L.P.-Mitglieder wurden lediglich durch die allzu durchsichtige Haltung Mosleys veranlasst, gegen Brown und für den Antrag zu stimmen.

Ein zweiter Konflikt drohte wegen der Mandatsfrage zur Nachwahl in einem schottischen Wahlkreis. Der von der dortigen örtlichen Leitung aufgestellte Kandidat Irvin gehört der I.L.P. an, und da von ihm eine Erklärung fehlte, wie er zur Labour-Party und der Fraktion steht, und in der die Frage der Disziplin behandelt wird, versagte ihm die Exekutive der Arbeiterpartei die offizielle Unterstützung. Maxton und einige seiner Freunde des extremen Flügels drohten mit Rebellion, wenn dieser Beschluss nicht zurückgenommen werde. Sechs unabhängige Abgeordnete sowie einige vom Mosley-Flügel erboten sich sogar sofort in Irvins Wahlkreis abzureisen und zu seinen Gunsten in die Wahlkampagne einschreiten zu wollen. Einige I.L.P.-Abgeordnete waren sogar derart entrüstet, dass sie sofort ihre Ankündigung wahr machten und die Fraktionssitzung verliessen. Diese beschloss jedoch die Angelegenheit durch Henderson und Maxton regeln zu lassen. Zweifellos wird in den nächsten Tagen eine Verständigung über die Kandidatenfrage zustande kommen, sodass als einziges Resultat der Fraktionssitzung lediglich eine Diskreditierung Mosleys übrig bleiben wird.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Aus aller Welt

"Im Mittelpunkt der Erde".

Räuberromantik vor Berliner Gerichten - Die Fortsetzung des Schmuggelprozesses Lindemann - Mit Löffelersben und Setzeiern ködert man einen ollen ehrlichen Seemann.

SPD. Vor einem interessant gemischtem Auditorium, unter dem sich, es hat den Anschein, eine Menge Vertreter aus Fachkreisen befinden, geht der Prozess gegen das Schmuggelkonsortium Lindemann vor dem Schöffengericht Berlin-Moabit weiter. Bei der Vernehmung des engeren Mitarbeiterstabes fallen langsam die Schleier - das Dunkel dieses Riesenschmuggler- und Schieberprozesses beginnt sich zu lichten. Unglaublich, was für ein Netz von Schieberungen von unterirdisch dunklen Geschäftsbeziehungen hier ans Licht kommt. Man denkt unwillkürlich an Balzacs Romane - aber das Leben, die Wirklichkeit, die sich in den düren Tatsachen der Aussagen offenbart, ist viel phantastischer als die Dichtung.

## "Nur eine Vergnügungsfahrt".

Da wird zunächst der Angeklagte Mein vernommen, ein Berliner Destillateur, der auch sonst allerlei Geschäfte betreibt. Er wirkt mit Glatze und dreifachem Kinn, mit listigen durchtriebenen Augen, die ganz in der fleischernen Fülle des Gesichts verschwinden, schon rein optisch wie eine Erscheinung aus der finstersten Inflation. Er beteuert ebenso wie seine Kumpane, mit denen er die Anklagebank zielt, im Brustton der Ueberzeugung seine Unschuld. Eigentlich hat er ja nur mal eine Vergnügungsfahrt mitmachen wollen. Eines Tages ist ihm Bauer, "die Seele von Janze", vorgestellt worden. Am "Stammtisch" war von einem glänzenden Geschäft die Rede. Das Kapital sollte sich verdoppeln. Kein Wunder, dass man da mit Freuden Geld bergibt, zumal ihm die bösen Lindemann Männer gesagt haben, dass der Sprit nach Schweden solle. Ist Schweden denn nicht ein schönes Reiseziel? Aber dann liegt er, der Sprit nämlich, doch eines Tages im Stettiner Hafen und als Mein aufs Schiff kommt, will er zu Bauer ganz enttäuscht gesagt haben: "Das riecht ja meilenweit nach Sprit!" Bauer soll darüber sehr böse geworden sein. Mit aller Energie versucht er, die lichten Seiten seines Wesens nach aussen zu stülpen. Deshalb fühlte er sich auch für die Unterbringung des geschmuggelten Sprits moralisch verpflichtet. Mehr kann man wirklich nicht mehr von einem Ehrenmann verlangen.

## Ausgerechnet der Feldgendarm.

Im "Mittelpunkt der Erde" heisst die Kneipe an der Köpenicker Landstrasse, in der der Erlös des glücklich nach Berlin geschmuggelten Sprits unter die Kompagnons verteilt wurde. Was nun weiter mit dem Sprit geschah, darüber gibt Zabel Auskunft, der, es klingt wie ein Märchen aus Tausend und einer Nacht, im Kriege vier Jahre Feldgendarm war. Er brachte die Schmugglerware in seinem Geschäftslokal unter und vermittelte ihren Verkauf durch eigens dafür angestellte Agenten. Auch er hat natürlich nichts gewusst. "Noch nie, in meinem Leben, Herr Vorsitzender", ruft er aus "habe ich einen Liter geschmuggelten Sprit in die Hände bekommen". (Er muss die Vertrauensseligkeit in eigener Person gewesen sein.) Als er einmal draussen in Heiligensee das Boot sah, will er sich zwar über die verhängten Kajütenfenster gewundert haben, aber Bauer habe ihm dann etwas von einer "Reisegefährtin" erzählt, die er mit nach Berlin genommen habe. Die "Reisegefährtin" waren natürlich wohlgefüllte Kanister. Als einmal auf die Anzeige eines Sommergastes hin die Polizei die "Inge" durch-

suchte, Sprit vorfand, sodass das ganze Unternehmen in Gefahr geriet, versuchte Zabel durch falsche Angaben die Sache zu verdunkeln. Mit Erfolg, denn die Beschlagnahme wurde aufgehoben. Heute aber behauptet er, in gutem Glauben gewesen zu sein, dass es sich nur um minderwertigen Sprit gehandelt habe, der als Brennstoff verwendet werden sollte. Ueberhaupt habe ihm die Sache im ganzen nur 300 Mark Verdienst eingebracht, und für diese bescheidene Summe könne man doch keinem Menschen das Risiko eines Schmugglerunternehmens zumuten...

#### "Mein Bruder Gustav."

Der Angeklagte Otto Lindemann spielt den ganz Bescheidenen, spricht mit leisem Herzton, hat anscheinend das Gedächtnis verloren - immerfort musste er sich vom Vorsitzenden nachhelfen lassen. Mit rührender Besorgnis ist er bemüht, seinen Bruder Karl zu entlasten. "Ich habe meinen Bruder Karl immer im Unklaren gelassen", beteuert er. Rührend sind die Details: einmal kaufen sie zusammen einen Schlauch zum "Benzintanken": Das "Benzin" war 96prozentiger Sprit. Davon hat Karl natürlich nichts gewusst. Getarnt war alles wunderbar. Es ging von Hand zu Hand - eine fabelhafte Organisation. Mehrfach freilich verwickelt sich Otto in Widersprüche. "Ich weiss das alles nicht mehr so genau", erklärt er dann mit unschuldigem Augenaufschlag: ein hundertprozentig Unschuldiger. Nicht mal geahnt hat er etwas. Ja, selbst als man schon daran ging, den geschmuggelten Sprit an Kleinhändler abzusetzen, ist er noch immer im festen Glauben, dass die Monopolabgabe entrichtet sei. "Mein Bruder Gustav" sagt er alle Augenblicke aber Gustav ist diesmal zum Glück nicht zur Verhandlung erschienen.

#### Die Reise nach Malmö.

Zu den Mitläufern, die das todsichere Geschäft wie ein Magnet angezogen hat, gehört auch ein kleiner wohlgenährter Herr, der Lieben heisst und sich des Besitzes einer gutgehenden Gastwirtschaft in Berlin-Schöneberg erfreut. Mit seiner Vernehmung beginnt der heitere Teil der Verhandlung. Mit der schlichten Stimme eines Mannes aus dem Volke erzählt er seine Erlebnisse, die damit begannen, dass ihm Herr Bauer ein Auto abkaufte. Geld bekam er keins zu sehen, dafür wurde er zu einer Fahrt nach Malmö eingeladen. Es wird eine abenteuerliche Geschichte. Als nachts ein Schiff in die Nähe der "Inge" kommt, wird er schleunigst unter Deck versteckt und muss stundenlang in der finsternen verschlossenen Kabine sitzen. In der Zwischenzeit hatte Bauer den aufgenommenen Sprit getarnt. Er ist aber besorgt um sein Geld. - alles in allem soll er mit 1000 Mark an der Geschichte beteiligt gewesen sein - und so lässt er sich zu einer zweiten Reise nach Malmö bewegen. "Sind Sie denn nun wenigstens nach Malmö gekommen?" fragt der Vorsitzende lächelnd. "Nee, daraus ist wieder nichts geworden", erwidert trocken der kühne Seefahrer, denn als er das Schiff betrat, wurde er schleunigst unter Deck gesteckt und mit Löffelern und Setzeiern beschäftigt, damit Bauer in aller Ruhe tanken konnte. Als dann der ganze Schwindel heraus kam, war er sein Geld los und muss nun obendrein auf die Anklagebank - Pech der kleinen Schieber.

Im Hintergrunde thronen lächelnd Bauer und Carl Lindemann, mitleidig auf ihre Opfer blickend.

+                    +                    +

Grossflug im Kleinflugzeug. Auf dem südfranzösischen Flugplatz Nîmes traf mit ihrem mit einem 75 PS Motor ausgerüsteten Kleinflugzeug die deutsche Fliegerin Marga von Etdorf aus Berlin ein. Der Apparat wurde bei der Landung leicht beschädigt, der Fliegerin selbst geschah nichts. Marga von Etdorf, die ohne jeden Begleiter fliegt, will ihren Flug über Barcelona und Nordafrika bis nach Teneriffa fortsetzen. Die kühne Pilotin ist übrigens die einzige deutsche Fliegerin, die im Besitze eines Führerscheins für schwere Maschinen ist.

+                    +                    +

### 31 ungesühnte Morde!

"Leute, von denen man spricht" - USA importiert Sensationen - Ozeanflieger als Geldfälscher, Millionärin mit 6½ Millionen Dollar auf dem Abendkleid und ein Massenmörder, der wirklich, wenn auch wohl nur versehentlich, in Haft genommen wurde.

SPD. Die Welt braucht Sensationen! Amerika liefert sie. Zwei Namen - zwei Fälle: Al Capone und Levine. Beide sind schon seit langem internationale Berühmtheiten.

Reden wir zuerst von Levine. Seine erste grosse Leistung: Die Ueberquerung des Ozeans im Non-Stopflug gemeinsam mit Chamberlin; statt in Berlin landete er in Kottbus, wurde aber dafür dessen Ehrenbürger.

Dann hörte man von Herrn Levine, als er zu einem zweiten Ozeanflug aufsteigen wollte, sich aber in letzter Minute mit seinem Partner ohrfeigte und allein losflog - nach einer halben Stunde musste er allerdings wieder landen; das Flugzeug und grosse Hoffnungen gingen in Trümmer.

Diesmal wird Levine eines Verbrechens beschuldigt, auf das im allgemeinen Zuchthaus steht. Ob er schuldig ist oder nicht, steht noch nicht fest. Wie die Blätter schon meldeten, wurde er am Semmering unter der schweren Beschuldigung festgenommen, den Versuch gemacht zu haben, französische Geldstücke zu fälschen. Die Sache kam durch die Anzeige eines Graveurs, dem er entsprechende Aufträge gegeben haben soll, ans Tageslicht und zur Kenntnis der Polizei. Levine verteidigt sich damit, dass er sagt, dass seine Aufträge sich nur auf die Einrichtung einer von ihm an der Riviera zu gründenden Spielbank bezogen haben sollen. Er sei vermögend und habe es nicht nötig, kriminell zu werden. Wenn er geldknapp sei, würde ihm bestimmt Miss Mabel Boll aushelfen, seine ständige Begleiterin.

+

Wer ist Miss Mabel Boll? Von ihr spricht man in Wien viel mehr als von Levine. Die "Diamantenkönigin", wie sie sich gern nennen lässt, soll nämlich über ein sagenhaftes Vermögen und über ein halbes Dutzend Schlösser in Frankreich verfügen. Diese Dame, die sich anscheinend trotz der vielleicht wegen ihrer Millionen entsetzlich zu langweilen scheint, benutzt die Zeit, die sie dem Herrgott stiehlt, um in Europa herumzuabenteueren und mit mehr oder weniger grossen Männern in Verbindung zu treten. Mabel Boll, die schon einmal ein echt amerikanisches "Pferderennen auf Ackergäulen" gewonnen haben will, sieht aus und benimmt sich so, wie sich der landläufige Satiriker die etwas spleenige USA-Bürgerin vorzustellen pflegt. Durchtrainiert, neugierig, voller Schruppen und bereit, mit ihrem Partner "Pferde stehlen zu gehen". Das Bemerkenswerteste an Mabel Boll aber soll nach den stimmungsvollen Berichten der Reporter der Boulevardpresse ihre geradezu unerhört prächtiger Schmuck sein, den Kenner auf einen Wert von mehr als 6 Millionen Dollar taxieren. Levine ist schon seit längerer Zeit mit dieser exzentrischen Dame liiert, sie soll ihn von einem Coup zum anderen treiben. Da aber Levines Frau es ablehnt, sich scheiden zu lassen, kann der tüchtige Ozeanflieger nicht in den glücklichen ehelichen Besitz seiner Partnerin und ihres Millionenvermögens gelangen.....

+

Während so Herr Levine im Wiener Untersuchungsgefängnis sitzt, weil er im Verdacht steht, Franken gefälscht zu haben, haben seine Landsleute in Chicago zu einem gewaltigen und vielleicht sehr gefährlichen Schlag ausgeholt. Al Capone unumschränkter Herr über tausende ihm willfährige Banditen, der unübertroffene König und Meister im Alkoholschmuggeln, Expresserorganisieren und Meuchelmorden, den bisher kein Polizeiarms zu ergreifen wagte, ist über Nacht in seiner Villa festgenommen worden. Wenigstens wird die Sensation vom Draht gemeldet, wenn auch die Fachleute die Wahrheit dieser geradezu phantastischen Meldung sehr bezweifeln,...

+

Capone ist bekanntlich mit den Chicagoer Behörden durch Korruption so eng verfilzt, dass es für die amerikanischen Behörden gerade Vabanquespiel bedeuten würde, hier energisch zuzufassen. Man sagt, Capone, der früher ein ganz unbekannter, ganz unprominenter kleiner Verbrecher war und erst im Verlauf der letzten sechs Jahre seinen glanzvollen Aufstieg nahm, die stattliche Reihe von 31 Morden nach, die niemals gesühnt worden sind, und für die der mächtige Verbrecher keinen einzigen Tag Haft abzusitzen brauchte. Der Alkoholmonopoltrust, den der Massenmörder vertritt, hat allein einen Jahresumsatz von etwa 125 Millionen Dollar. Dieses Unternehmen ist zwar illegal, aber es arbeitet trotzdem in aller Legalität, da der Verbrecherkönig sämtliche Instanzen, die ihm den Weg verlegen könnten, in der Hand hat! Wie unerhört reich der Capone-Trust ist, erhellt die Tatsache, dass der Verbrecher jedes Jahr einen "Spesensatz" von etwa 30 Millionen Mark in seinen Büchern registriert, die er für "Beamten- und Politikeraufklärung", wie dieses Konto so schön umschrieben ist, ausgibt. Nur einmal hat Capone ein Jahr in Haft gesessen, aber das war auf eigenen Wunsch, weil er einen Mordanschlag seiner Gegner fürchtete und sich nur noch in den befreundeten Händen der Polizei sicher fühlte. - -

+ + +

Ueberfälliger Schwedendampfer. Der Kohlen-Dampfer "Tanja", der am 9. November seine Fahrt von Danzig nach Trollhaettan (Schweden) angetreten hat, ist überfällig. Die schwedische Reederei befürchtet, dass der Dampfer, der mit 20 Mann Besatzung bemannt ist, den Ostseestürmen zum Opfer fiel. Drei schwedische Militärflugzeuge haben die Suche nach dem vermissten Schiff, das zuletzt am 10. November südlich Bornholm gesichtet wurde, aufgenommen.

+ + +

Der wandernde Berg. Infolge des anhaltenden Regens hat sich oberhalb des im Schweizer Kanton Glarus gelegenen Orts Linthal der 2 200 Meter hohe Kilchenstock in Bewegung gesetzt. 100 000 Kubikmeter Erdmassen bewegen sich täglich einen Zentimeter bergabwärts. Die durch einen Bergsturz bedrohten Dorfteile müssen vermutlich bereits in den nächsten Tagen geräumt werden.

+ + +

Mit dreizehn Mann gesunken. Der Altonaer Motorsegler "Stralsund" scheint mit 13 Mann Besatzung in der Nordsee untergegangen zu sein. Veranlassung zu der betrüblichen Annahme ist die Tatsache, dass auf der Insel Sylt ein Rettungsboot des radiolosen Seglers leer angetrieben worden ist.

+ + +

Andree-Buch und =Ausstellung. Das lange erwartete offizielle Andree-Buch wird nach einer Stockholmer Drahtmeldung des Soz. Pressedienstes am 25. November unter dem Titel "Mit Gernem zum Pol" gleichzeitig in einem Dutzend Sprachen veröffentlicht werden. Der sachliche Inhalt des Buches basiert auf den Kenntnissen, die durch die Funde auf der Weissen Insel gewonnen wurden, und enthält ausserdem ausführliche Auszüge aus den Expeditionstagebüchern. Besonders wertvoll ist die erfolgreiche Reproduktion von 12 Photographien über das Expeditionsleben, welche vor 33 Jahren von den Andrée-Leuten aufgenommen wurden und jetzt von dem schwedischen Professor John Hertzberg entwickelt werden konnten. Uebrigens wird auch Anfang Januar in Stockholm in "Liljevalchs Kunsthalle" die Eröffnung einer Ausstellung stattfinden, in der sämtliche Weissen Insel-Funde gezeigt werden sollen.

+ + +

Verhaftung polnischer Arzeneischmuggler. Der polnischen Polizei gelang es, drei Schmuggler polnischer Staatsangehörigkeit auf frischer Tat zu verhaften, als sie im Begriff waren, 40 Kilogramm Arzneimitteln aus Deutschland über die polnische Grenze zu schmuggeln. Die beschlagnahmte Beute besitzt einen Wert von 15.000 Zloty.

+ + +

Schluss der Beweisaufnahme im Frenzel-Prozess! Die Beweisaufnahme im Frenzel-Prozess ist geschlossen. Die letzten Vernehmungen rundeten eigentlich nur noch das gewonnene Bild ab. Bei dem in Maltershausen, dem Pensionsort Gertrud Frenzels, abgehaltenen Termin wiederholte sich, was sich schon in Potsdam bei der Vernehmung des Zeugen Höhne abgespielt hatte. Der wegen seiner Krankheit in Maltershausen vernommene Gutsinspektor Pieper, der bettlägerig ist, sagte aus, dass er verschiedene Briefe Gertrud Frenzels an Pfarrer Schenk und auch Antwortschreiben von ihm gesehen habe. Gertrud Frenzel stritt alles ab. Als erster der Sachverständigen gab sein Gutachten Professor Kramer ab. Er meinte, dass zwar sichere Anzeichen einer Pseudologie (Lügenhaftigkeit) bei Gertrud Frenzel nicht vorlägen, dass aber mit ihrer Möglichkeit gerechnet werden müsse. Ihre Schwester, Hilde Frenzel sei eine ausgesprochene Psychopathin, von der man nicht wisse, ob ihre ersten Angaben oder ihr Widerruf wahr sei. Es sei sehr schwer, zu einer sicheren Entscheidung zu kommen. In der Nachmittagsverhandlung erstattete dann auch Sanitätsrat Dr. Friedrich Leppmann sein Gutachten über die Glaubwürdigkeit von Hilde und Gertrud Frenzel. Der Sachverständige betonte besonders, das starke Geltungsbedürfnis Hilde Frenzels, das kaum annehmen liesse, dass die Zeugin es mit der Wahrheit sehr genau nähme. Sanitätsrat Dr. Leppmann stimmte mit Professor Kramer darin überein, dass man hier nicht sagen könne, ob ihre Entschuldigungs- oder ihre Belastungsaussagen richtig seien. Gertrud Frenzel, die Schwester, bezeichnete der Sachverständige weder als geisteskrank noch geistesschwach, betonte aber doch, dass sie durchaus keine schlichte eindeutige durchsichtige Persönlichkeit sei. Unkontrollierbare Eindrücke der Reifezeit auf das Seelenleben seien sehr gut möglich und trotz aller betonten Ablehnung von Liebesgedanken sei die Unterdrückung einer starken Leidenschaft durchaus denkbar. Jedenfalls sei die Zeugin nicht so frei von Widersprüchen, dass man ihre Aussagen aufgrund des Gesamteindrucks als im wesentlichen zuverlässig bezeichnen dürfte. Was im Konkreten die gegen ihren Vater geäußerten Beschuldigungen Gertrud Frenzels anbelange, so gäben die Schilderungen kein sehr deutliches Bild im Vergleich zu den Schilderungen anderer Mädchen in ähnlicher Situation. Im Übrigen seien auch sonst die Aussagen Gertrud Frenzels in vielen Einzelheiten inhaltlich nur sehr bedingt für glaubwürdig zu halten.

+ + +

Elf Jahre den Sohn eingesperrt! Einem grauenhaften Verbrechen kam man in dem Schwarzwalddorf Herrischried bei Säckingen auf die Spur, wo der Webermeister Dietsche seinen Sohn, der vor etwa elf Jahren einen Unfall erlitten hat, offenbar um Geld für die ärztliche Behandlung zu sparen, seit dem Jahre 1919 in einer finsternen Kammer gefangen gehalten hatte. Merkwürdigerweise kam die Sache erst jetzt zur Kenntnis der Allgemeinheit. Gendarmen fanden den Sohn vollkommen verschmutzt auf einer Strohhütte liegen. Der Unglückliche, der heute 26 Jahre alt ist, hat jetzt ein Gewicht von 50 Pfund, ist total verblödet und kann überhaupt nicht mehr sprechen.

+ + +

Einsteins Amerika-Fahrt. Mitte Dezember gedenkt Albert Einstein auf Einladung der Eilson-Sternwarte nach Amerika zu fahren, um dort einige Zeit zu arbeiten. Der Gelehrte hat die zahlreichen, an ihn sonst noch ergangenen Einladungen zu Empfangsfeierlichkeiten abgelehnt, desgleichen selbstverständlich die zahllosen Angebote aller möglichen Firmene, für die Einstein, gegen ungeheures Entgelt natürlich, sich lobend über Zigarettenmarken, Abführmittel oder sonst etwas aussprechen soll.--

-----



## Berliner Bäckerstreit.

Billigere Brotfabriken werden aus dem Brotkartell ausgeschlossen.

SPD. Der Berliner Bäckerstreit ist zu einem öffentlichen Skandal geworden. Während die Berliner Bäckermeister die vom Reichsernährungsministerium angeordnete Brotpreissenkung durchgeführt haben und das übliche Roggenbrot zu einem Preis von 46 Pfennigen pro 1250 Gramm abgeben, fordern die Brotfabrikanten 48 Pfennige. Der Berliner Konsumverein selbst nimmt für sein Brot, das durchweg als Qualitätsbrot gerühmt wird, 45,3 Pfennige. Auch verkauft der Berliner Konsumverein sämtliches Brot zu dem gesetzlichen Gewicht, während die Bäcker nur eine Sorte Brot, das Normalbrot, im vorgeschriebenen Gewicht abgeben.

Die Brotfabrikanten sind sich aber nicht einig. Die grossen Fabriken haben ja auch bereits schon früher erklärt, dass sie das Brot billiger als zu 48 Pfennigen verkaufen könnten, aber sie wollen den kleineren Brotfabriken nicht in den Rücken fallen. Das Brotkartell hält also den Brotpreis in Berlin hoch. Nun aber haben zwei Brotfabriken im Berliner Norden ihr Brot schon früher weit billiger abgegeben. Die eine Fabrik nimmt 41 Pfennige und die andere sogar nur 40 Pfennige. Dieses billigere Brot lässt sich in der Qualität kaum mit dem Konsumbrot vergleichen, hält aber eine Vergleichung mit dem Brot der anderen Bäcker aus, wenn es nicht noch besser ist. Interessant ist, dass in diesen beiden Fabriken höhere Löhne gezahlt werden als bei den privaten Bäckern bzw. Brotfabriken. In der einen Fabrik liegen die Löhne sogar um 17 bis 20% höher.

Die Vereinigung der Berliner Brotfabrikanten hat nun die beiden Brotfabriken ausgeschlossen. Das ist ein Skandal. Ohne Zweifel wird sich die Regierung mit diesem Fall von Kartellunfug und Kartellmissbrauch zu befassen haben. Er ist ohne Zweifel so gelagert, dass das durch die Notverordnung verschärfte Kartellgesetz zur Anwendung gelangen muss, schon aus dem Grunde, weil sich auch im Reiche böse Fälle von Sabotage der Brotpreiserössigung zeigen. Dabei wird man insbesondere die Kalkulationen bei den Bäckern und bei den Brotfabrikanten gründlich überprüfen müssen.

Die Brotfabrik hat gegenüber dem kleinen Bäcker grosse Vorteile. Ohne Zweifel kann durch die Brotfabrik das Mehl billiger eingekauft werden. Ausserdem werden sich in der Brotfabrik die Verarbeitungskosten niedriger stellen. Dagegen ist der Vertrieb des Brotes bei der Brotfabrik teurer als bei dem kleinen Bäcker. So können die Konsumvereine schon deshalb billiger sein, weil sie mit ihrem Brot auch noch andere Ware vertreiben, wodurch sich die Belastung durch den Vertrieb pro Wareneinheit verringert. In einer Arbeit der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen hat Alois Brinkmeyer eine Brotkalkulation im Berliner Bäckerbetrieb einer Brotkalkulation im Berliner Grossbetrieb für ein Roggenbrot und für das erste Halbjahr 1929 entgegengestellt. Um die Zahlen der beiden Kalkulationen völlig vergleichbar zu machen, hat Brinkmeyer die Prozentteile der Kosten auf denselben gleichhohen Verkaufspreis bezogen. In den angeführten Beispielen ist der Verkaufspreis des Grossbetriebs um 7% niedriger. In der Gegenüberstellung der beiden Kalkulationen wird der Unterschied dadurch beseitigt, dass die Kosten bei dem Grossbetrieb auf den Verkaufspreis der Bäckereien, in diesem Fall auf 41 Pfennige je Kilogramm Brot, bezogen werden. Danach ergibt sich folgendes:

	<u>im Bäckereibetrieb</u>		<u>im Grossbetrieb</u>	
	in % des Bäcker= verkaufspreises	Pfennige je kg Brot	in % des Bäcker= verkaufspreises	Pfenni je kgBr
Mehlkosten	57	23,4	49	20,1
Verarbeitungskosten	19	7,8	13	5,3
Vertriebskosten	11	4,5	20	8,2
Allgemeine Unkosten	4	1,6	4	1,6
Unternehmergewinn	9	3,7	7	2,9
Preisunterschied	-	-	7	2,9

Die beiden Kalkulationen gelten, wie bereits gesagt, für das erste Halbjahr 1929, also für die Zeit vor der Brotpreissenkung. Die Vorteile und Nachteile des Grossbetriebs gegenüber dem Bäckerbetrieb treten deutlich in Erscheinung. Ueberlegen ist der Grossbetrieb im Einkauf und in den Verarbeitungskosten; seine Schwäche liegt in den Vertriebskosten. Gliedert man die Vertriebskosten nach der Brinkmeyerschen Arbeit auf, so ergeben sich, immer für ein Kilogramm Brot im ersten Halbjahr 1929, als Unkosten der Verkaufsstellen im Bäckerbetrieb 4,2 Pfennige, im Grossbetrieb 4,5 Pfennige und als Papierkosten im Bäckerbetrieb 0,4 Pfennige und im Grossbetrieb 1,3 Pfennige. Fuhrlohne fallen im Bäckerbetrieb aus. Im Grossbetrieb betragen sie 2,6 Pfennige. Die Vorteile im Einkauf und in den Verarbeitungskosten überwiegen zusammen immerhin soweit, dass der Grossbetrieb billiger sein kann als der Bäckerbetrieb. Die Verhältnisse aus dem ersten Halbjahr 1929, wie sie Brinkmeyer anführt, sind typisch und dürften auch nach der Brotpreissenkung keine grundsätzliche Veränderung erfahren haben.

Der Sinn der Ausführungen ist, dass die Brotfabrikanten mit dem Brot billiger sein könnten als die privaten Bäcker. Sie halten aber an dem überhöhten Preis von 48 Pfennigen fest und schliessen Fabriken aus, die gegen den Kartellpreis verstossen. Die Regierung wird diese Provokation nicht stillschweigend hinnehmen können.

SPD. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gibt die Förderung für den Monat Oktober mit 8,93 Millionen Tonnen an. Gegenüber dem Vormonat ergibt sich eine Steigerung von 0,56%. Gegenüber Oktober 1929 ist die Förderung um 19,50% abgesunken.

Der Absatz macht 5,704 Millionen Tonnen aus. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt 0,36%, der Rückgang gegenüber dem Oktober 1929 aber 16,71%. Von dem Absatz in Höhe von 5,704 Millionen Tonnen gingen 2,796 Millionen Tonnen (im Vormonat 2,663 Millionen Tonnen) ins unbestrittene Gebiet und 2,907 Millionen Tonnen (im Vormonat 2,809 Millionen Tonnen) nach dem bestrittenen Gebiet.

SPD. Im Streit um die Stickstoffpatente der Gewerkschaft Mont Cenis ist eine Einigung erzielt worden, was zu erwarten war, nachdem die Gewerkschaft Mont Cenis in den Besitz des Farbentrusts übergegangen ist.

Nach einer Verlautbarung der I.G. Farbenindustrie hat eine Aussprache unter Würdigung der heute vorliegenden Forschungsergebnisse auch auf der beklagten Seite zu der Erkenntnis geführt, dass objektiv ein Eingriff in die inzwischen abgelaufenen Patente der I.G. Farbenindustrie stattgefunden hatte.

Bis zu 10% Verluste.

(Börsenbericht für die Woche vom 17. bis 22. November)

SPD. Berlin, 22. November 1930

Die Börse, die zwar nicht gerade auf eine Befestigung der Kurse, aber doch auf eine gewisse Stabilität gehofft hatte, erlitt in der abgelaufenen Woche schwere Enttäuschungen. Die beiden ersten Tage der Woche liessen sich noch an; man war zwar etwas nervös, aber nennenswerte Abschlüge traten im allgemeinen nicht ein. Der Mittwoch brachte eine eintägige Pause, die überraschender Weise am Donnerstag ein verstärktes Angebot an ziemlich allen Märkten zur Folge hatte. Die feiertäglichen Ueberlegungen der Aktienbesitzer waren anders ausgefallen, als die Börse erhofft hatte. Kursabschlüge von 4 bis 5 Punkten waren an diesem Tage keine Seltenheit. Während der Freitagbörse schien es dann kurze Weile, als wolle sich eine Erholung durchsetzen. Die Spekulation, die zu den ersten amtlichen Kursen noch gegeben hatte, fing an den verschiedensten Märkten an, sich einzudecken. Bis plötzlich ein neuer Umschlag eintrat, der alle Dispositionen über den Haufen warf und damit vor allem auch überstürzte Verkäufe im Gefolge hatte. So ergeben sich als Wochenresultat bei zahlreichen Papieren Verluste, die bis zu zehn Prozent des ausmachenden Wertes, vereinzelt auch mehr ausmachen. Wieder einmal ist das Gesamtniveau der Börsenkurse eine Stufe niedriger gesunken.

Auffallender Weise wurden von dieser Baissebewegung diesmal erstmalig geschlossen auch die Kaliaktien erfasst, die bisher in allgemeinen Abwärtsbewegungen eine besondere Widerstandskraft aufweisen konnten. Ob und welche Rückschlüsse aus der plötzlichen Weichheit auf interne Vorgänge bei dieser Industrie gezogen werden können, entzieht sich noch dem Börsenurteil. Jedenfalls gaben in wenigen Tagen Kaliwerke Aschersleben von 190 auf 172%, Westeregeln Kali von 191 auf 174% und Salzdetfurth Kali von 260,25 auf 246,5% nach, d.h. Kursabschlüge von 18, 17,5 und 17,75 Punkten. Das sind die Rekordverluste der letzten Woche.

An nächster Stelle der Verlustliste stehen zwei, innerlich grundverschiedene Aktien; die der Deutschen Reichsbank und die der Continentalen Gummiwerke in Hannover, die beide um 11,75 Punkte gesunken sind. Bei den Reichsbankaktien handelte es sich dabei zu einem grossen Teil um amerikanische Verkäufe, d.h. Verkäufe der amerikanischen Investmenttrusts, deren finanzielle Lage mit jedem weiteren Kurssturz an der New Yorker Börse, der es nicht besser als unseren Börsen geht, angespannter wird, sodass sie sich mit allen Mitteln Luft zu machen suchen, auch wenn Verluste dabei entstehen. Lieber Verluste, dafür aber Bargeld. Der Reichsbankkurs sank von 226,5 auf 214,5% herunter. Bei den Aktien der Continentalen Gummiwerke dagegen handelte es sich nach Ansicht der Börse um Verkäufe aus Kreisen der Verwaltungsorgane. Dass das Autoreifengeschäft schlecht geht, ist angesichts der nicht minder schlechten Lage der Autofabriken und der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht verwunderlich. Ob sich aus diesen Vorgängen besondere Nachteile gerade für Conti Gummi ergeben, ist für den Aussenstehenden nicht, ohne weiteres erkennbar. Die Fachleute und Eingeweihten scheinen besser unterrichtet zu sein. Der Conti-Kurs sank jedenfalls innerhalb von drei Tagen von 122,25 auf 111,5%.

Zwischen 6 und 8 Punkten liegende Verluste - Thüringer Gas, an denen sich gerade in diesen Tagen die Preussische Elektrizitäts A.G. beteiligen wird, sanken sogar um fast 10 Punkte (von 154 auf 144,5%) . haben eine Reihe von Werten aufzuweisen. Dazu gehörten erneut Deutsche Lonoleum-Aktien, an deren Börsenmarkt die Verhältnisse immer undurchsichtiger werden, zumal offensichtlich französische Verkäufe erfolgen. Der Kurs sank von 117 auf 109,5%. Um sieben Punkte mussten auch (man vermutet auf amerikanische Verkäufe) AEG nachgeben (113,75 auf 106,75%), um 6½ Punkte sanken RWE und um 6 Punkte die Siemensaktien mit 170,5% nach 176,5%. Selbst die bisher stets gut gehaltenen Spritpapiere wurden

diesmal weich, sodass Schultheiss von 176,25 auf 169% und Ostwerke von 141,50 auf 134% zurückgingen. Etwas geringer waren die Abschläge bei I.G. Farben, da hier die bevorstehende Aufhebung der Farbenzölle in England anregte. Der Kurs gab nur von 138,5 auf 135,75% nach.

Ein direkter Gegensatz zu der bisherigen Bewegung war schliesslich die Entwicklung bei einigen Montanaktien, wo an Stelle der westdeutschen Käufer jetzt westdeutsche Verkäufer getreten sind. Infolgedessen gingen Rheinische Stahlwerke von 76,5 auf 71,25%, Köln-Neuessen von 80,75 auf 76,5%, Hoesch von 74,25 auf 70,75% und Rheinische Braunkohlen von 161 auf 155,25% zurück.

SPD. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Initiativgesetz-entwurf eingebracht, der zwei Aenderungen des Einkommensteuergesetzes bezweckt. Erstens sollen die Spekulationsgewinne uneingeschränkt zur Einkommensteuer herangezogen werden, zweitens soll die Besteuerung nach dem Verbrauch erfolgen, wenn der Verbrauch jährlich mindestens 8 000 Mark beträgt, nicht erst, wie das geltende Gesetz bestimmt, wenn er 15 000 Mark beträgt.

Die Besteuerung der Spekulationsgewinne ist eine alte Streitfrage. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Gewinne aus der Spekulation mit Wert-papieren und Grundstücken. Die Sozialdemokratie hat stets den Standpunkt ver-treten, dass die Spekulationsgewinne uneingeschränkt der Besteuerung zu unter-werfen seien. Im Erzbergischen Einkommensteuergesetz von 1920 hat sie diese For-derung auch durchgesetzt. Alle durch Veräusserungsgeschäfte erzielten Gewinne waren nach diesem Gesetz steuerpflichtig. Aber das Gesetz war kaum in Kraft ge-treten, da übte der neu in den Reichstag gewählte deutschnationale Führer Dr. Helfferich gemeinsam mit dem volksparteilichen Unternehmersyndikus Dr. Becker und dem Zentrumsindustriellen ten Hompel auf die sozialistenreine Regierung Fehrenbach einen so starken Einfluss aus, dass schon 1921 eine Aenderung durch-gesetzt wurde, wonach die Gewinne aus Veräusserungsgeschäften nur dann steuer-pflichtig waren, "wenn der Erwerb des veräusserten Gegenstandes zum Zweck ge-winnbringender Wiederveräusserung erfolgt ist". Es musste also den Spekulanten die Absicht der Spekulation nachgewiesen werden, was in 99% der Fälle nichtmöglich war. Bei Beratung des heute noch geltenden Einkommensteuergesetzes von 1925 liess sich die Regierung Luther ihren ursprünglichen Entwurf, der eine ge-wisse Verbesserung brachte, von den Interessentenhaufen in ihrem Lager wieder in der Weise verschlechtern, dass Spekulationsgewinne nur dann als steuerpflich-tig galten, wenn zwischen Kauf und Verkauf bei Grundstücken weniger als zwei Jahre, bei Wertpapieren weniger als drei Monate liegen. Wer also in den Jahren der grossen Kurssteigerungen Wertpapiere nach einer Besitzdauer von drei Mona-ten und drei Tagen veräusserte, blieb mit seinem Gewinn völlig steuerfrei. Die-ser Rechtszustand gilt heute noch.

Die Sozialdemokratie beantragt nun, jede Einschränkung in der Besteuerung der Spekulationsgewinne aufzuheben. Gewiss kommt dem Antrag zur Zeit für die Reichskasse keine grosse Bedeutung zu, da bei den im letzten Jahr stark gesun-kenen Kursen nur in seltenen Fällen Spekulationsgewinne gemacht worden sind. Die Hunderte von Millionen, die ein nationalsozialistischer Nichtswisser kürze-lich im Reichstag aus dieser Quelle glaubte schöpfen zu können, sind daher Trau-gebilde. Immerhin sind solche Gewinne auch heute nicht ausgeschlossen. Im übrige-n ist der Antrag ja auch für die Zukunft bestimmt. Wenn nun bei der trost-losen Finanzlage des Reiches zur schärfsten Belastung mühsam erworbener kleiner Einkommen geschritten wird, so ist es eine selbstverständliche moralische Ver-pflichtung erster Ordnung, an den mühelos erworbenen Spekulationsgewinnen nicht vorüberzugehen. Den Nationalsozialisten, die der Sozialdemokratie die Forderung der Besteuerung der Spekulationsgewinne zu Agitationszwecken abgeschrieben ha-ben, wird nun Gelegenheit gegeben, vom Mundspitzen zum Pfeifen über zu gehen. Vielleicht gelingt es Herrn Hitler bei seinem nächsten Frühstück mit Herrn

v. Stauss auch diesen Bankfürsten und Reichstagsabgeordneten für die halbkreuzlerische Agitationsforderung zu gewinnen. Von der Sozialdemokratie jedenfalls ist Herr v. Stauss ehrlich eingeladen, ihrem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Der zweite Teil des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs ist ebensowohl begründet wie der erste. Die Zahl der Steuerpflichtigen, die erklären, dass sie kein steuerbares Einkommen haben und trotzdem gut leben, oder die ein Einkommen angeben, das unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse in einem offenbaren Missverhältnis zu ihrem Verbrauch steht, ist nicht klein und wächst in der Zeit der Krise fortgesetzt. Es gilt dies besonders von reichen Grundbesitzern. In diesen Fällen kann nach dem geltenden Recht der Verbrauch anstelle des Einkommens der Besteuerung zu Grunde gelegt werden, jedoch nur dann, wenn der Verbrauch mindestens 15 000 Mark jährlich beträgt. Diese Verbrauchsgrenze war schon bisher viel zu hoch gezogen. Nun müht sich aber bekanntlich die Regierung mit der Preissenkung ab. Da ist es doch wohl selbstverständlich, dass auch diese Grenze herabgesetzt, d. h. der Besteuerung nach dem Verbrauch ein weiterer Spielraum gewährt werden muss. Warum soll ein Steuerpflichtiger, der 10 000 Mark verbraucht und nur 3000 Einkommen angibt, nicht nach dem Verbrauch besteuert werden? Der sozialdemokratische Gesetzentwurf verlangt aber weiter, dass die Besteuerung nach dem Verbrauch in solchen Fällen erfolgen muss er will also die Anwendung dieser Bestimmung dem freien Belieben der Steuerbehörden entziehen. Der Reichskasse wird eine solche Aenderung des Einkommensteuergesetzes nur zum Vorteil gereichen.

W. Keil, M. d. R.

---

SPD. Bochum, 21. Nov. (Eig. Drante.)

Im rheinisch-westfälischen Transportgewerbe, dem 3 000 Arbeiter angehören, wurde folgender Schiedsspruch gefällt: der bisherige Spitzenwochenlohn für Kutscher und Fuhrleute über 23 Jahre wird mit Wirkung vom 1. November 1930 ab auf 38 Mark, mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab auf 37 Mark festgesetzt. Alle anderen Lohnsätze errechnen sich von den gleichen Zeitpunkten ab nach dem bisher angewandten Schlüssel. Diese Regelung läuft auf unbestimmte Zeit und kann mit halbmonatlicher Frist erstmalig zum 31. März 1931 gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 25. November 1930. Die Unternehmer hatten ohne überhaupt Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Abkommens abzuwarten durch Anschlag einen zum 1. November und 1. Januar gestaffelten Lohnabzug von insgesamt vier Mark gleich zehn Prozent des Wochenlohnes dekretiert.

---

## Reichlicheres Roggenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 21. November)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte in sehr ruhiger Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Notierungen für Weizen um etwa 1 Mark fester für Roggen um etwa 1 bis  $1\frac{1}{2}$  Mark niedriger. Im Handel mit effektiver Ware hat sich das Angebot für Roggen stark vermehrt; jedoch entspricht die Kauflust der Mühlen nicht dem Angebot, sodass die Preise eher eine rückläufige Tendenz zeigten. Da aber die Abgeber nicht willens waren, zu niedrigen Preisen zu verkaufen, blieb die Umsatztätigkeit sehr eingeschränkt. Auch für Weizen lauteten die Forderungen etwas fester, wurden jedoch von den Mühlen nicht bewilligt, sodass auch hier wenige Geschäfte zustande kamen. Mehl hatte sehr stillen Markt. Für Hafer war die Tendenz bei geringem Angebot stetig. Gerste blieb weiter sehr still.

	20. November	21. November.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	248 - 249	249 - 250
Roggen	151 - 153	150 - 152
Braugerste	188 - 212	190 - 212
Futter- und Industrieroggen	170 - 180	170 - 180
Hafer	141 - 151	140 - 150
Weizenmehl	29,00-37,50	29,00-37,25
Roggenmehl	23,90-27,00	23,75-27,00
Weizenkleie	8,25- 9,00	8,50- 9,00
Roggenkleie	8,25- 8,75	8,25- 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 260 $\frac{1}{2}$ - 261 (Vortag 259 $\frac{1}{2}$ ), März 272 $\frac{1}{2}$ -273 (271 $\frac{1}{2}$ ), Mai 281 (281). Roggen Dezember 171-171 $\frac{1}{2}$  (172 $\frac{1}{2}$ ), März 184 (184  $\frac{3}{4}$ ), Mai 190 (191). Hafer Dezember 153 plus Geld (-), März 164 plus Brief (164 $\frac{1}{2}$ ), Mai 175 plus Brief (176).

## Berliner Viehmarkt.

(21. November)

SPD. Die höheren Preise auf dem letzten Schweinemarkt hatten am Freitag ein grösseres Angebot zur Folge. Die Preise schwächten sich teilweise ganz erheblich ab. Die Abschwächung dürfte im Durchschnitt etwa 2 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht betragen. Der Hammelmarkt hatte bei kleinerem Angebot als das vorige Mal schleppendes Geschäft. Preisabschlag gab es auch am Kälbermarkt wo das Angebot genügte. Der Rindermarkt hatte glattes Geschäft. Im grossen und ganzen setzten sich Preiserhöhungen durch.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:  
Kühe: a) 42 - 47 (voriger Markt 40 - 46), b) 32 - 40 (31 - 38), c) 28 - 30 (27 - 30), d) 26 - 27 (24 - 26), Kälber: a) - (-), b) 76 - 84 (80 - 86), c) 65 - 75 (70 - 80), d) 45 - 60 (45 - 65), Schweine: a) (über 300 Pfund) 62 - 64 (64 - 67) b) (240 - 300 Pfund) 63 - 64 (65 - 68), c) (200-240 Pfund) 62 - 65 (63-68), d) (160 - 200 Pfund) 59 - 62 (61 - 65), e) (120 - 160 Pfund) 55 - 58 (57 - 61), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 56 - 58 (57 - 60).



Der Kampf mit dem Tod.

Bergarbeiter und Grubensicherheit.

SPD. Sie sind begraben und fast schon wieder vergessen - die armen Bergleute, die von den letzten grossen Grubenkatastrophen weggerafft wurden. Nur einer hat sie nicht vergessen - der Verband. Auf der Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes in Berlin, die am Freitag zu Ende ging, stand daher neben der Lohn- und Arbeitszeitfrage auch das Problem der Grubensicherheit im Mittelpunkt der Verhandlungen. Gestützt auf genaue Sachkunde und bittere Erfahrungen beleuchtete der Grubensicherheitsspezialist des Bergarbeiterverbandes Schudy schonungslos die Mängel und Schäden der Sicherheitsverhältnisse in den Gruben. Seine Kritik war eine scharfe Anklage gegen die Verantwortlichen: die Unternehmer und Grubenbehörden; sie war eine Rechtfertigung der Klage der Gewerkschaften, dass mit dem Leben der Bergleute noch immer ein vielfach recht frivoles Spiel getrieben wird.

Der lehrreiche und an manchen Stellen erschütternde Bericht Schudys gab in grossen Zügen folgendes Bild der Grubenunsicherheit: In Alsdorf wurde nur etwa ein Viertel der Opfer durch Feuer oder mechanische Einwirkung getötet; drei Viertel sind durch giftige Nachschwaden den in den Grubenbauen, die teilweise weitab von den Explosionsräumen lagen, zu Tode gekommen. Nach drei benachbarten Schachtanlagen bestanden Fluchtmöglichkeiten, jedoch nicht immer Fluchtwege. In einem Revier fand ein mit einer Bergarbeitergruppe fliehender Steiger den Weg durch eine Mauer versperrt. Er kehrte um und starb. Eine andere Gruppe riss später die Mauer ein und rettete sich, soweit es die erschöpften Kräfte noch zuliesse.

Man spricht vom "Rätsel in Alsdorf". So rätselhaft ist die Explosion nicht. Ihre Art ist bekannt, da es sich zweifellos um eine Kohlenstaubexplosion handelt, die eine starke Einleitungsexplosion gehabt haben muss. Diese ist in Schlagwettern zu suchen. Alsdorf ist eine Schlagwettergrube. Es ist daher kleinlich; zu behaupten, dass man in Alsdorf mit Schlagwettern nichts zu tun gehabt habe. Die Entzündungsursache steht noch nicht fest, man vermutet sie in der vermissten Benzolokomotive. Es kann aber auch eine andere Ursache sein, weil beispielsweise die elektrischen Mannschaftslampen keinen besonderen Schlagwetterschutz hatten. Auf der Grube Anna II sowie auf Maybach im Saargebiet war das Gesteinstaubverfahren zum Schutz gegen Explosionen sehr unzureichend eingeführt. Auf Maybach war die Vorrichtung der betreffenden Grubenabteilung im allgemeinen sehr mangelhaft. Die Bewetterung war in jeder Beziehung nicht nur unzureichend, sondern bergpolizeiwidrig. Auf einer Stelle im Querschlag traten die Schlagwetter so stark auf, dass die Benzinsicherheitslampen beim Passieren erloschen. Man stellte dort einen ständigen Posten zur Überwachung hin. Die Bewetterung dieser Querschlagstelle war schlecht. Dieser Zustand ist ein straffälliger Verstoss gegen die bergpolizeilichen Bestimmungen.

Das heutige System der Bergpolizei ist überaltert und reformbedürftig. Den unteren Ausführungsorganen (Bergrevierämtern) sind viele Befugnisse eingeräumt, mit denen oft Missbrauch getrieben wird. Der Gerechtigkeit wegen muss jedoch betont werden, dass sich diese Vorwürfe nicht gegen alle Beamten richten, da es unter den Bergrevierbeamten auch aufrechte Männer gibt. Die Untergebener der Bergrevierbeamten können noch so gewissenhaft sein, sie sind machtlos

wenn der Bergrevierbeamte anders handelt. Drastisch ergibt sich das aus den Feststellungen des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes. In einem Falle liess z.B. ein Steiger in Schlagwettern schiessen - ein sehr schwerer und straffälliger Verstoss gegen die Grubensicherheit. Das Bergrevier untersuchte, stellte aber nichts fest, weil man wahrscheinlich nichts feststellen wollte. Erst auf Anzeige des Verbandes beim Oberbergamt wurde der Verstoss näher geprüft. In einem anderen Falle liess ein Betriebsführer allgemein mit Zeitzündern in Kohle schiessen, was gleichfalls ein schwerer und straffälliger Verstoss ist. Das Bergrevieramt untersuchte und stellte nichts fest, obwohl Hunderte von Zeugen vorhanden waren. Auch hier erfolgte Anzeige durch den Verband beim Oberbergamt, welches sofort den wirklichen Tatbestand feststellte.

Die Bergrevierbeamten sind durch das Oberbergamt angewiesen, periodisch mit ihren Mit- und Hilfsarbeitern Beratungen über den Stand der Grubensicherheit im Revier zu pflegen. Die meisten Revierbeamten kümmern sich aber um diese Bestimmung nicht. In der Sprengstoffwirtschaft und Sprengarbeit wird mit einer allgemein bekannten Unehrllichkeit gearbeitet. Alle Verantwortlichen wissen, dass die Höchstladungen bei Schüssen mit Wettersprengstoffen überschritten werden. Die Aufsichtspersonen kennen und sehen die langen Bohrer, bei deren Benutzung die vorgeschriebenen Höchstmengen selten ausreichen. Niemand stört sich aber daran. Den Schiessberechtigten werden oft Sprengstoffmengen ausgehändigt, die bei vorschriftsmässiger Schiessarbeit in einer Schicht nicht verbraucht werden können.

Die Bergpolizeiverordnungen bilden ein wirres Durcheinander. Was in einem Oberbergamtsbezirk als veraltet angesehen wird, gilt in einem andern als höchwichtige Angelegenheit. So wurden z.B. im Oberbergamtsbezirk Clausthal 2 Bergleute bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, weil sie Besatz von einem stecken gebliebenen Pulverschuss mit einem Krätzer entfernten. Sie wurden bestraft, obwohl ein hoher Bergpolizeibeamter eines anderen Reviers sagte, dass eine solche Anzeige nur ausgesprochene Dummköpfe erstatten könnten. Mit diesem Durcheinander muss aufgeräumt werden. Der Bergbauindustriearbeiterverband ist bereit, mit allen in Betracht kommenden Körperschaften an der Hebung der Grubensicherheit mitzuarbeiten. Mit Jeremiaden, wie sie bei Katastrophen stets sehr zahlreich zu hören sind, ist den Bergarbeitern nicht gedient. Sie wollen, dass endlich einmal zur Eindämmung der Gruben-Unsicherheit ein energischer Schritt vorwärts getan wird und dort, wo Abhilfe möglich ist, auch Abhilfe geschaffen wird.

Die Konferenz nahm nach Abschluss der Aussprache über die Grubensicherheitsfrage eine Entschliessung an, in der folgende Reformen gefordert werden:

1. Reichsberggesetz und Reform der Bergpolizei.
2. Vereinheitlichung der bergpolizeilichen Vorschriften für den gesamten Bergbau.
3. Grubenkontrolleure für alle Bergbauarten und -Reviere.
4. Einführung von Fahrbüchern bei den Bergrevierämtern, die fortlaufend an die Oberbergämter zur Prüfung einzureichen sind,
5. Im Steinkohlenbergbau: Ausdehnung und gründliche Durchführung des Gesteinstaubverfahrens, auch in den Bergbaubetrieben mit schwer entzündlichem Kohlenstaub.
6. Vorgeschriebene und unter dauernde Ueberwachung stehende besondere Fluchtwege in allen Abbauabteilungen. Die Belegschaften der Abbauabteilungen sind jährlich mehrmals über Art und Zweck der Fluchtwege zu unterrichten.
7. Schutz der Wetterkontrolleure gegen Benachteiligung und Entlassung. Tägliche Wetterkontrolleure auch in Wetterstrecken und Strecken mit gebrächem Gebirge. Wetterkontrolleure auch vor dreischichtigen Betriebspunkten.
8. Beseitigung der Benzollokomotiven aus den unterirdischen Betrieben. Verbot der elektrischen Lokomotiven auf Schlagwettergruben in Strecken mit gebrächem oder durch Abbau in Bewegung gekommenem Gebirge. Ihre Zulassung darf nur erfolgen, wenn die Strecken im festen Gebirge stehen oder auszementiert sind.

9. Für das Saarrevier Einrichtung einer Grubensicherheitskommission und Einführung von Grubenkontrollleuren nach preussischem Muster und überhaupt Einrichtung aller gegenüber dem andern deutschen Bergbau dort nicht vorhandenen Sicherungen gegen Unfallgefahren.

+ + +

Der Bergarbeiterverband wird seinen ausgesteuerten Mitgliedern zu Weihnachten eine besondere Unterstützung gewähren. Die Mittel für diese Unterstützung werden vor allem von den Angestellten des Verbandes aufgebracht, die schon seit Monaten freiwillig auf 10% ihres Gehalts verzichtet haben. Ferner steuern alle Mitglieder des Verbandes, die als Vertreter in den verschiedensten Körperschaften (Syndikaten, Knappschaften usw.) tätig sind, zu dem Unterstützungsfonds bei.

SPD. Die Nachverhandlungen über den Arbeitszeitschiedspruch für den Ruhrbergbau finden am kommenden Dienstag im Reichsarbeitsministerium statt.

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenrevier beginnen am 29. November in Halle. -

Im oberschlesischen Grubenrevier hat der Arbeitgeberverband den Manteltarif und das Ueberarbeitsabkommen gekündigt. Die Kündigung der Ueberarbeit wäre von den Gewerkschaften auf alle Fälle vorgenommen worden.

SPD. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Köln hat den Arbeitnehmerverbänden mitgeteilt, er beabsichtige, am 30. November zum 31. Dezember den Tarifvertrag zu kündigen. Der Zweck der Kündigung ist natürlich Senkung des Lohnes. Bisher versuchten die Metallindustriellen betriebsweise, die Akkordverdienste entgegen den Bestimmungen des Tarifvertrages herabzusetzen. Dagegen wehrten sich die Metallarbeiter. Jetzt hat nun der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Köln in Verbindung mit anderen Arbeitnehmerverbänden wegen dieses Vorgehens der Arbeitgeber Klage gegen den Arbeitgeberverband der Metallindustriellen wegen Verletzung der Friedenspflicht eingereicht.

SPD. Das Kontingent deutscher Arbeitskräfte, das zur beruflichen und sprachlichen Fortbildung zum französischen Arbeitsmarkt zugelassen wird, ist für das laufende Kalenderjahr bereits vollständig in Anspruch genommen. Neue Zulassungen können also nicht mehr erfolgen, und es ist daher zwecklos, jetzt noch Anträge an die deutschen Zulassungsstellen zu richten.

Ueber die Aufgabe der deutschen Zulassungsstellen (für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe: Arbeitsamt Baden-Baden, für alle übrigen Berufe: Arbeitsamt Köln) besteht noch vielfach Unklarheit. Die Zulassungsstellen vermitteln nicht Arbeit sondern erleichtern nur die Zulassung zum französischen Arbeitsmarkt. Die Bewerber müssen selbst einen französischen Arbeitgeber benennen können, der sie einstellen will, und sie dürfen das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben. Das Zulassungskontingent beträgt für beide Länder je 500 Arbeitskräfte.

SPD. In Leipzig wurde dieser Tage ein Verband deutscher Arbeiterchordiregenten gegründet. Er schliesst sich als freigewerkschaftliche Organisation dem ADGB an. Seine Geschäftsstelle ist: Herbert Dietze, Leipzig-Engelsdorf, Gartenstrasse 13.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 21. November 1930

Die Stiefel.<sup>x</sup>

Von W. Toboljakoff

SPD. Als die Herbsternste eingebracht und die Aussaat für den Winter beendet worden war, trafen im Kooperativ "Morgenröte" aus der Stadt Stiefel ein - Geschenke für die besonders Eifrigen, die sich bei den Sommerarbeiten ausgezeichnet hatten. Vor dem Schulgebäude, das einem reichen Bauern enteignet worden war, sassen auf einem Stoss Bauhölzer die Mitglieder der Kollektivgemeinschaft. Nicht weit davon raschelte in den Händen des Vorsitzenden ein Dokument. Neben ihm prangte ein Haufen schwarzer Stiefel.

"Also, Genossen!" sagte mit tönender Stimme der Vorsitzende, zwei Finger hinter den Gürtelriemen zwängend. "Wir haben also sechs Paar Stiefel erhalten zur Belohnung für die besten Leistungen. Wir haben die ganze Nacht gesessen, um ein Verzeichnis der besten Arbeiter aufzustellen."

Der Vorsitzende holte tief Atem.

"Es hat grosse Mühe gekostet. Denn der Eifrigen sind viele und der Stiefel gar wenige.... Wir haben beschlossen, ein Paar Stiefel dem Frola Sewastianoff zuzusprechen..."

Drei jugendliche Kooperativmitglieder begannen, auf ihren Balalaikas einen Marsch zu klimpern. Verlegen lächelnd trat Frola vor, zum Zeichen des Grusses mit den Bastschuhen scharrend. Der Vorsitzende überreichte ihm die Stiefel.

"Probier sie an!" rief es aus der Menge.

"Die Stiefel sind alle gleich gross", rief der Vorsitzende. "Aber immerhin, Ihr könnt sie ja anprobieren".

Frola zog den Bastschuh vom linken Fuss, streifte die Hose auf und versuchte, den Stiefel anzuziehen.

"Geht es nicht?" fragte der Vorsitzende und beugte sich interessiert vor.

"Nein, es geht nicht... Der Fuss bleibt im Schaft stecken."

"Heilige Mutter Gottes", seufzte der Vorsitzende. "So warte doch! Zieh nicht! Wenn's nicht geht, dann geht's eben nicht. Hast eine Pfote wie ein Bär. Verzeih, Bruder, aber du musst doch selbst einsehen!"

Mit unbeschuhtem Fusse humpelte Frola nach dem Holzplatze zurück.

"Sebastian Jegor!..." rief der Vorsitzende.

"Sebastian Jegor bin ich". Der Angerufene mass mit den Blicken die Stiefel, mass seine Füsse und sagte: "Die passen mir ebenso wenig... Das sieht man doch auf den ersten Blick!"

"Jagorka, zum Teufel!" schrie seine Frau aus der Menge. "So versuch es doch ohne Unterhose! Vielleicht geht es dann!"

"Versuchen wir's!"

"Ssss...." machte der Vorsitzende und schüttelte den Kopf, als Jegor den Stiefel anzuziehen begann. "Dir passen sie nicht mal an den Händen. Leg' sie fort! Das nenne ich Pech haben, wahrhaftig."

Nachdem der Sechste vergeblich sein Glück versucht hatte, rief der Vorsitzende mit hilfloser Handbewegung: "Was nun, Bürger? Sollen wir wirklich die Stiefel zurückgehen lassen?"

"Auf keinen Fall! Die dort nehmen es am Ende übel. Mögen die andern ihr Heil versuchen!"

Nun begannen die Umstehenden Bastschuhe, Filz- und Lederschuhe auszuziehen. Gleich das erste Paar passte dem Sjomkin, einem Taugenichts und Trunkenbold.

"Wie angegossen!" prahlte er und liess die Sohlen knarren. "Ich spüre nicht mal meine Hühneraugen". Und er klaschte mit der Handfläche auf den Stiefelschaft.

Der Vorsitzende konnte nicht mehr länger an sich halten: "Zieh die Stiefel wieder aus! Also...Ich will sofort alle passenden Füsse notieren. Fürs erste wandern die Stiefel in die Vorratskammer. Die Besitzer der geeigneten Füsse sollen erst einmal ihren Arbeitseifer erweisen. Nach einem halben Jahre wollen wir sehen, wer sie verdient hat."

"Ja, gewiss. Es ist das Einzige, was uns zu tun übrig bleibt", sagte der Hirt Frola. "Aber lasst die in der Stadt wissen, dass sie keine Stiefel mehr schicken sollen! Das Volk hat doch nichts weiter davon als Aufregungen."

"Die mit den passenden Füssen sollen herantreten", sagte der Vorsitzende und befeuchtete den Bleistift mit den Lippen.

(Aus dem Russischen übertragen von  
Wanda Waldenburg)

---

### Al Capone und seine Vorläufer.<sup>x</sup>

Von Howard Mc Lellan (New York).

SPD. Die Anfänge des organisierten Expresserwesens sind in den Vereinigten Staaten mit dem Gemüsehandel aufs innigste verknüpft. Der New Yorker Gemüsemarkt wird von Florida und Kalifornien mit Artischocken beliefert, die in Italien ein wichtiges Volksnahrungsmittel darstellen, während sie in der amerikanischen Küche seltener verwendet werden. Man findet sie vor allem bei den Gemüsehändlern des italienischen Viertels New Yorks, wo sie, je nach ihrer Grösse, zum Preise von 5 bis 15 Cents angeboten werden.

Im Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gelang es einem aus Sizilien eingewanderten Italiener namens Caranovalla, der Mitglied der "Schwarzen Hand" und anderer italienischer Geheimbünde war, die New Yorker Gemüsehändler durch Drohungen und Gewalttätigkeiten derart einzuschüchtern, dass sie sich verpflichteten, ihm für jede Artischocke, die ihnen geliefert wurde, drei Cents zu bezahlen. Da allwöchentlich etwa 50.000 Artschocken ausgeladen wurden, bezog Caranovalla ein für jene Zeit sehr beträchtliches Einkommen, wenn es sich auch nicht mit dem eines Al Capone oder eines anderen "Gangster"-führers der Gegenwart vergleichen lässt. Wenn ein Händler der Abmashung zuwiderhandelte, konnte er sicher sein, eines Tages seinen Laden demoliert, seine Ware unbrauchbar gemacht vorzufinden oder von Banditen im Dienste Caranovallas überfallen und arg zugerichtet zu werden. Allerdings durfte der Beherrscher des Artischockenmarktes nicht sein ganzes Einkommen für sich behalten; er war gezwungen, es mit dem mächtigen "König" Joe Strapone, dem gefürchteten Tyrannen des östlichen Italienviertels, zu teilen.

Einige Jahre später wanderte ein Neapolitaner, der auf den wohlklingenden Namen Giosuè Galluci hörte, mit seiner Frau, seinem Sohne Luca und seinem jüngeren Bruder Genaro nach Amerika aus und liess sich als Bäckermeister im New Yorker Italienviertel nieder; wo sein schmackhaftes neapolitanisches Landbrot bald grossen Anklang fand. Galluci, ein baumlang, riesenstarker Mensch, war unter seinen Landsleuten sehr beliebt. Gelegentlich unterhielt er sich auch mit "King" Strapone. Beliebtestes Gesprächsthema jener Zeit waren die Trusts, die damals die Wirtschaft Amerikas zu beherrschen begannen. Alle Zeitungen wussten zu berichten, wie der kleine Geschäftsmann von diesen Mammutgebilden

mitleidslos zermalmt wurde. Auch Galluci war Mitglied der "Schwarzen Hand". Zu seiner Gruppe gehörten die Brüder Lomonte, die mit Gefrorenem, aber auch mit Heu und Getreide handelten, die drei Brüder Vincente, Nicolo und Ciro Terranova und die Brüder Morello, von denen Ignazio in der Unterwelt unter dem Namen "The Wolf" bekannt war. Er beschäftigte sich mit der Einfuhr falscher Dollarnoten aus Italien. Diesen Landsleuten erzählte Galluci von seinen Träumen. Überall würden Trusts gebildet, meinte er. Warum sollten nicht auch das Bäckergewerbe, der Speiseeisverkauf, das Kohlen- und das Getreidegeschäft im Italienviertel unter einer Führung - nämlich seiner eigenen - einheitlich organisiert werden? Er wies auch darauf hin, dass täglich neue Landsleute in New York ankamen und gut bezahlte Arbeit suchten. Warum sollte man nicht auch die Arbeitskraft dieser Un- erfahrenen "kontrollieren"? Man würde ihnen Arbeit beschaffen, ein wachsames Auge auf ihre Arbeitgeber haben, und jene würden als Entgelt gut und gern einen Teil ihrer Löhne abliefern. Die Messer, Revolver und Bomben des "Trusts" würden schon dafür sorgen, dass seine Anordnungen befolgt werden. Man liess die vermut- lichen Gegner und Konkurrenten Revue passieren und fand, dass man ihrer mit ver- einigten Kräften leicht Herr werden könnte. An einen kleinen Burschen, einen Si- zilianer namens Alfonso Capone, dachte man gar nicht. Der war damals eins der jüngsten Mitglieder einer unter dem Namen "James Street Boys" bekannten Bande, die sich mit armseligen Diebstählen in kleineren Kaufläden beschäftigte. Das einzige wirkliche Hindernis für den "Trust" war der gefürchtete "König" Stra- pone. Er überrannte alles. Wer ihm nicht gehorchte, wurde eines Tages ermordet, mit abgeschnittener Zunge, Stiletstiche in der Brust, aufgefunden.

An einem schönen Frühlingsmorgen des Jahres 1910 wurde das Hindernis be- seitigt. König Joe wurde inmitten seiner Untertanen von einer Pistolenkugel ge- troffen und starb auf der Stelle. Schon nach wenigen Wochen kam die Antwort. Genaro Galluci, der jüngere Bruder des neuen Führers, wurde aus dem Hinterhalt erschossen. Gallucis Gegenmassnahme war die Ermordung Caranovallas, die seine Stellung als unbestrittener Gebieter des "Trusts" erst richtig befestigte. Die Brüder Terranova erhielten die "Kontrolle" über das Artischockengeschäft, wäh- rend die Brüder Lomonte unbeschränkt den Kohlen- und Getreidehandel beherrsch- ten. Galluci blieb die Oberleitung vorbehalten. Er terrorisierte die Arbeiter des Italienviertels und übte eine einträgliche Kontrolle über Spielhöhlen und Freudenhäuser aus. Seinen Untergebenen bezahlte er, wenn sie verheiratet waren, 15 Dollar die Woche, während die Ledigen 10 Dollar erhielten. Dafür durften sie nicht zögern, jedermann, den der Chef ihnen bezeichnete, zu ermor- den oder zu verstümmeln. Galluci wurde als Don Giosuè bekannt.

Dann aber nabte der Abstieg. Die Brüder Lomonte und Nicolo und Vincente Terranova, seine mächtigsten Unterführer, wurden ermordet. Die Brüder Morello wanderten wegen Banknotenfälschung in den Kerker. Ja, sogar Don Giosuè wurde des Mordes angeklagt. Er wurde zwar von den Geschworenen freigesprochen und rühmte sich, dass ihn die Angelegenheit "nur" 25.000 Dollar gekostet habe. Aber früher wagemütig und furchtlos, wagte er sich jetzt nur selten und mit starker Bedek- kung auf die Strasse. Am 17. Mai 1915 sass Giosuè Galluci mit seinem Sohne Luca in einem Kaffeehause, als plötzlich Flintenschüsse abgefeuert wurden und die Beiden leblos von ihren Stühlen zur Erde sanken. Die Dynastie Galluci hatte aufgehört zu existieren.

Nur wenige dachten damals an Alfonso Capone, der mittlerweile Führer der James Street-Bande geworden war. Bei Kriegsausbruch wurde Capone nach Frank- reich geschickt, kam jedoch nicht weiter als bis nach Breest. Im Jahre 1919 kehrte er in die Heimat zurück und versuchte, die "Kontrolle" des Zuckerhan- dels in Brooklyn an sich zu bringen, obwohl er wusste, dass bereits ein Mann namens Wild Bill Lovett von den Zuckerhändlern sehr beträchtliche Tribute einhob. Sicher ist, dass Wild Bill und Al Capone eines Abends in einem italieni- schen Restaurant in Brooklyn eine Unterredung hatten, in deren Verlauf Bill Lovett dem Konkurrenten einen Kinnhaken als Vorgeschmack künftiger Liebko- sungen versetzte und sagte: "Du bist mir arg im Wege, Junge. Ich habe nicht

nicht die Absicht, dich in mein Geschäft als Partner aufzunehmen. Entweder schiebst du binnen achtundvierzig Stunden ab, oder du wirst von den Leichen-trägern fortgeschafft werden. Du verstehst?" Capone verstand. Er reiste noch am nächsten Tage nach Chicago ab: aber während er im Eisenbahnabteil sass, wurde Bill Lovett inmitten dreier seiner treuesten Anhänger ermordet. Dennoch blieb Capone in Chicago. Alles, was Strapone, Galluci und Caranovalla in kleinem Mass-stabe getan hatten, wollte er nun in Chicago grösszügiger und mit besserer Orga-nisation ins Werk setzen.

Inzwischen schwang sich in New York Ciro Terranova, der einzige Ueberle-bende des Galluci-Trusts, zum Beherrscher des Artischockenmarktes auf. Er wurde erst im Jahre 1929 verhaftet, und die unmittelbare Folge war ein sehr beträcht-licher Preissturz dieses Artikels ebenso wie auf dem Zitronen-, Orangen- und Kastanienmarkte. Ebenfalls im Jahre 1929 wurde der letzte der Brüder Morello ermordet. Als Ciro Morello im Polizeiauto zwischen zwei Detektiven sass, schick-te sich jemand, den man für einen Bildreporter hielt, an, eine Blitzlichtaufnah-me des Verhafteten zu machen. Während das Magnesium knallend aufflammte, griff sich Ciro Terranova ans Herz und war in einigen Sekunden verschieden. Der ver-meintliche Bildreporter war verschwunden. Die Blitzlichtaufnahme klang einem Pistolenschuss verdammt ähnlich.

Der "Trust" Al Capones ist in seinen Methoden allzu gut bekannt und allzu verzweigt, um hier beschrieben zu werden. Er hat den Erwerbzweigen der Galluci-Dynastie noch den Bier- und Schnapsschmuggel hinzugefügt, der unter seiner Füh-rung erst die heutigen gewaltigen Dimensionen angenommen hat. Man sagt, dass Al Capones Macht in letzter Zeit schmerzliche Einbussen erlitten habe. Durfte man es doch wagen, ihn vor einem Jahre - allerdings nur wegen verbotenen Waffentra-gens - ins Staatsgefängnis von Pennsylvania zu schicken und seinen Bruder Ralph, den Schatzmeister des Trusts - allerdings nur wegen Steuerhinterziehung (!) -, vor den Bundesgerichtshof von Chicago zu stellen!

(Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

---

### Berliner Theater.

---

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Im Berliner Rundfunk hat kürzlich der Vorsitzende des Verbandes Berliner Theaterkritiker auf aktuelle Dramen-stoffe hingewiesen, die bisher noch der Bearbeitung barren. Dieses Thema ist gewiss unerschöpflich, und es bleibt eine der merkwürdigsten Wahrnehmungen, dass unsere Dramatiker so viele wirksame und bedeutungsvolle Stoffe übersehen und stattdessen auf Darstellungsgebiete verfallen, die unserm Interesse verhältnis-mässig fern liegen. Immer beliebter scheint es auch zu werden, Dramenstoffe aus Büchern zu schöpfen, die ein gewisses Aufsehen erregt haben. Das mag noch an-geben, wenn es sich dabei - wie beispielsweise in Emil Ludwig's "Juli 1914" oder in Trotzki's Memoiren - um Vorgänge handelt, die wir selbst miterlebt haben. Problematischer wird es aber, wenn die dargestellten historischen Ereignisse schon einige Jahrhunderte zurückliegen.

Das vor einigen Jahren erschiene biographische Werk eines Engländers über die Liebesbeziehungen der Königin Elisabeth von England zum Grafen Essex hat gleich zwei Autoren zur dramatischen Bearbeitung gereizt. Allerdings hat dieser Stoff schon seit dem Franzosen Corneille immer von neuem seine Anziehungskraft bewahrt, und bis kurz vor dem Kriege vermochte sich auf ndern Bühnen das Trau-erspiel "Graf Essex" von Heinrich Laube zu behaupten. Nun hat auch Ferdinand Brückner (oder - wie angenommen wird - Theodor Tagger), der einstweilen wohl noch als der stärkste dramatische Gestalter unsrer jüngsten Generation gelten

darf, diesen Stoff aufgegriffen. Seine "Elisabeth von England" erlebte, von Heinz Hilpert äusserst eindrucksvoll inszeniert, im "Deutschen Theater" ihre Uraufführung. Die einstmals als Motiv des tragischen Konflikts verwendete sagenhafte Geschichte von einem Ringe, den Elisabeth ihrem Liebhaber geschenkt haben, und der von ihm nicht sorgsam genug verwahrt worden sein soll, wird von den modernen Psychologen aufgegeben. Heute gilt der unvermutete Anblick der in ihrem Stolze tödlich getroffenen welken Hexe Elisabeth, die der feurige Liebhaber bei der Morgentoilette überrascht, als sie gerade "auf jung zurechtgemacht" wird, als Anstoss für die Untreue und den Hochverrat des Grafen und für die mordende Rache der Königin. Bruckner hat wohl selbst gefühlt, dass das Essex-Drama allein uns heute nicht mehr genug Anteilnahme abzugewinnen vermag. Er erweitert seine Handlung deshalb noch um ein politisches, aber auch wieder aus Hassliebe begründetes Motiv: den Kampf der liberalen, protestantisch aufgeklärten, pazifistisch gesonnenen Elisabeth mit dem reaktionären, katholisch orthodoxen Fanatiker Philipp von Spanien. Wieder zeigt der Dichter sein ausserordentliches Bühnengeschick. Elisabeth ist vollsaftig charakterisiert wie etwa die Königsgestalten eines Strindberg (man denkt an die Königin Christine). Leider erschöpft sich in dieser Figur das Gestaltungsvermögen des Verfassers. Der interessante Philosoph und Ironiker Bacon beispielsweise ist ein Intrigant alten Stils, dem gewiss die Philologen niemals die Autorschaft Shakespearescher Dramen zugetraut hätten. Ganz farblos vollends ist der König Philipp geraten. So erweckt das ganze Werk vorwiegend den Eindruck einer äusserlichen, wenn auch kräftigen und oft fesselnden Theatralik. Die unausweichliche tragische Erschütterung, zu der uns Schiller in der "Maria Stuart" und erst recht im "Don Carlos" zwingt, will sich in dem stark abflauenden Schlusse von Bruckners Drama nicht einstellen.

Der echt germanischen Charakterisierung und Szenenführung dieses Werkes steht eine typisch romanische in dem Schauspiel "Elisabeth, Königin von England" des Franzosen H.R. Lenormand gegenüber, das im "Lessing-Theater" seine Welturaufführung erlebte. Die Handlung ist hier auf das Essex-Drama beschränkt. Der Szene bei Elisabeths Morgentoilette geht noch eine andre voraus, in der Essex in aller Öffentlichkeit gehohelt wird und in höchstem Zorn mit gezogenem Degen auf die Königin losgehen will. In diesem Stück ist verlogenes theatralisches Pathos zur Unerträglichkeit gesteigert. Dazu passt auch der melodramatische Ausklang, als Elisabeth am Spinett sitzend die Nachricht von der Enthauptung ihres ehemaligen Günstlings empfängt. Selbst die reife Menschendarstellung einer Lucie Höflich vermochte kaum die Lächerlichkeit und Abgeschmacktheit dieser Szenen zu mildern. Schon nach drei Wochen wurde das Stück durch Marx Reinhardts meine "Sommernachtstraum"-Inszenierung abgelöst, die nicht mehr die märchenhafte Waldromantik der Vorkriegsaufführung dieses Werkes aufweist, jedoch in einem stilgemässen Barockrahmen das humoristische Element - besonders in den Handwerkerszenen - stark zur Geltung kommen lässt und der musikalischen und tänzerischen Ausmalung einen erfreulich breiten, stimmungsfördernden Raum gewährt.

Die Gattung des "Zeitstücks" mit tendenziöser Behandlung eines aktuellen Problems hat Otto Ernst Hesse durch sein im "Renaissance-Theater" uraufgeführtes Schauspiel "Voruntersuchung" bereichert, dem der bekannte Rechtsanwalt Max Alberg seine fachmännische Mitarbeit gewidmet hat. Der Kampf um humanere und objektivere Methoden der strafrechtlichen Voruntersuchung erfährt in diesem Stück eine eindrucksvolle und gewiss anerkennenswerte Unterstützung. Um die Spannung des Publikums zu verstärken, hat Hesse einen regelrechten Kriminalreisser (mit Andeutung des ewigen Vater-Sohn-Problems) aufgebaut, dessen reichlich grobe theatralische Machete die moralische Ueberzeugungskraft der verkündeten Tendenz nicht unbedingt erhöht. Dennoch sichert das Thema dem Werke, dass die Tendenzdramatik der berühmten "Roten Robe" von Brioux zu erneuern sucht, bei ausgezeichneter Darstellung einen starken Erfolg.

Wirklich aktuell im Sinne der eingangs zitierten Bemerkungen hat wohl Georg Kaiser sein wollen, als er in seinem neuen Schauspiel "Mississippi", das die "Volksbühne" herausbrachte, an die grosse Ueberschwemmungskatastrophe des Mississippi im Herbst 1928 anknüpfte. Aber hier ist dieser -vermutete- Versuch völlig missglückt. Die gewaltige Naturkatastrophe tritt überhaupt nicht in Erscheinung; sie dient lediglich als Vorwand für eine weltanschauliche Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer gottgläubigen, urchristlich-kommunistischen Sekte, die das Sündenbabel New Orleans dem Vernichtungswerk der Fluten überantworten möchten, und dem beamteten Vertreter der kapitalistischen amerikanischen Staatsidee, der die Sprengung des Flussdammes zur Rettung der bedrohten Stadt verlangt. Kaiser will diesen Weltanschauungskonflikt ganz ernsthaft aufgefasst wissen, aber er verzichtet auf jede Charakterisierung seiner Personen und lässt sie lauter banale Schlagworte sprechen. Völlig unglaubwürdig ist die Gestalt einer Frau, die zunächst vernunftvoll ihren ehemaligen Gatten wegen seines religiösen Fimmels verrät und hernach reuevoll mit ihm den gemeinsamen Tod in den Fluten des heranbrausenden Flusses sucht. Wollte der Verfasser die psychologische Glaubhaftmachung der sonderbaren Heiligen, bei denen man den Gedanken an Fanatiker wie Häusser oder Weissenberg garnicht unterdrücken kann, vermeiden, so dürfte er die Handlung nur als Grotteske aufziehen. Aber dazu hätte wieder nicht die elementare Wucht der Mississippi-Katastrophe gepasst.

Dem chronischen Mangel an wertvollen neuen Opern haben der aus seiner verdienstvollen Tätigkeit im Arbeitersängerbund bekannte Alfred Guttman und Max Barthel durch die moderne Bearbeitung einer verschollenen, bald hundert Jahre alten heiteren Oper von Auber abzuhelfen gesucht. Die Handlung dieses in der "Städtischen Oper" zur Aufführung gelangten Werkes, das einst "Die Frau Botschafterin" hiess und heute "Vertauschte Rollen" heisst, schildert das beinahe historische Erlebnis einer gefeierten Opernsängerin, die mit einem Diplomaten verlobt ist, aber zur Bühne zurückkehrt, als sie einem zärtlichen Einvernehmen ihres Verlobten mit ihrer Kollegin und Konkurrentin auf die Spur kommt. Das überaus unterhaltsame und heitere Spiel gipfelt sehr wirkungsvoll im Schlussakte, der uns in den Zuschauerraum und auf die Bühne bei einer biedermeierlichen Opernaufführung versetzt. Da auch die Musik die mannigfachen anmutigen, gefälligen und prickelnden Reize aufweist, die wir am Komponisten von "Fra Diavolo" schätzen, so dürfte das neue alte Werk, das leicht aufführbar ist, den Weg auf viele Opernbühnen finden.

Bz.

---

### Antiquitäten.<sup>x</sup>

---

SPD. Paris ist ein Mittelpunkt des Antiquitätenhandels. Es gibt dort Gasen und Strassen, besonders auf dem linken Ufer der Seine, in denen Alttertümergegeschäft neben Alttertümergegeschäft liegt. Vom Taschenspiegel des Amenophis bis zur Aluminiummedaille mit dem Hitlerkopf, von der Wärmflasche der Kleopatra bis zum Zahnstocher Napoleons I. bekommt man hier alle historischen Kuriositäten, die das Herz der Verehrer "grosser" Persönlichkeiten erfreuen. Es ist nicht gesagt, dass es sich immer um Fälschungen handelt. Wer Glück hat, findet auch einmal echte Sachen, für teures Geld allerdings. Die Pariser Antiquitätenhändler kennen den Wert ihrer Waren genau; sie sind sehr geschäftstüchtige Herren. Neuerdings überschwemmen sie sogar die ganze Stadt mit ihren Werbeschreiben. Welche Schätze noch immer in den verstaubten Lagern der Pariser Händlern ihres Liebhabers harren, ist erstaunlich. In einem der Prospekte, die dieser Tage verschickt wurden, heisst es, in der Uebersetzung, wörtlich:

"Passende Geschenke.- Anlässlich der Wiedereröffnung unseres Kuriositäten-

geschäfts "Zur Uhr des Newton" erlauben wir uns, die Aufmerksamkeit unsrer ge=ehrten Kundschaft auf unsre Neuerwerbungen zu lenken, die sich besonders zu Ge=schenken eignen dürften für Schriftsteller, Romanciers, Akademiker, Sammler, Künstler, Historiker, Journalisten, Filmstars usw."

Dann kommt eine Aufzählung ganz aussergewöhnlicher Raritäten, unter denen die folgenden Stücke besonders erwähnenswert sind:

- "Eine Armbrust Karls IX. (Noch geladen)
- Eine Halskrause der Jungfrau von Orleans (Vollkommen neu).
- Ein Dolch des Königs Dagobert und, teilweise unbeschädigt, seine histori=sche Hose (Mit sechs Knöpfen).
- Ein Spazierstock Voltaires und ein Sessel des gleichen Besitzers, ferner eine Haarbürste Friedrichs des Grossen.
- Ein Federhalter der Frau von Sévigné (Mit natürlicher Gänsefeder).
- Ein Lehnstuhl des Sonnenkönigs (Noch niedagewesen).
- Drei Tabakspfeifen Verlaines und eine, die George Sand gehört haben soll.
- Ein Zahn des Christoph Columbus. (Rarität!)
- Ein Obrenwärmer Napoleons I.
- Die Badewanne der Frau von Récamier (aus Kristall), die auch Chateaubriand gehörte.

Der Wecker der Katharina von Medicis, der von Saint=Barthélémy um Mitter=nacht angehalten wurde (Sehr selten). usw.usw. -- "

Ob diese "echten" Altertümer Liebhaber finden? Ohne Zweifel. Denn wenn man heute in der "Uhr des Newton" nach dem Zahn des Columbus fragt, bekommt man die Antwort, dass dieses bedeutungsvolle Erinnerungsstück an den Entdecker Ame=rikas "gerade vor einer halben Stunde" verkauft worden sei...

Schade...Aber in der nächsten Woche trifft eine neue Sendung ein...

---

### Die Entdeckung der Blutgruppen.<sup>x</sup>

---

SPD. Wenige Entdeckungen der modernen Biologie haben solches Aufsehen erregt, wie die der Blutgruppen: die grosse Leistung des Wiener Forschers Landsteiner, für die er in diesem Jahre den Nobelpreis für Medizin erhalten hat. Das Blut besteht aus der Blutflüssigkeit und den in ihr schwimmenden Blut=körperchen. Die Hauptmenge dieser Körperchen ist rot gefärbt. Die roten Blut=körperchen mancher Menschen besitzen die Eigentümlichkeit - und hier setzte die Forschung Landsteiners ein -, von der Blutflüssigkeit anderer Menschen ver=klumpt oder, wie man auch sagt, zusammengeballt (agglutiniert) zu werden. Sie verdanken diese Eigenschaft einem Blutkörperchenmerkmal, das man mit A bezeich=net hat. Die Blutflüssigkeit solcher Menschen mit A verklumpt wiederum die Blutkörperchen anderer Menschen, die ein zweites, von A verschiedenes, Merkmal B besitzen. Sodann gibt es Individuen, deren Blutkörperchen sowohl von der Blut=flüssigkeit der Menschen mit A als auch von der Blutflüssigkeit der Menschen mit B verklumpt werden. Sie besitzen also beide Merkmale A und B. Die Blut=flüssigkeit solcher Menschen der Blutgruppe A B, wie man sagt, enthält dagegen keine verklumpenden Fähigkeiten. Schliesslich gibt es Menschen, deren Blutkör=perchen überhaupt nicht verklumpt werden können, deren Blutflüssigkeit dagegen die Blutkörperchen der Menschen sämtlicher drei anderen Gruppen zusammenballen kann. Man sagt, dass solche Menschen, denen also jedes Merkmal in den Blutkörper=chen fehlt, zur Blutgruppe O gehören.

Die Blutmerkmale A und B werden nun nach bestimmten und bekannten Gesetzen vererbt. Da man die Regeln der Vererbung der Blutmerkmale mit der grössten Sicherheit kennt, die die Wissenschaft überhaupt zu geben vermag, so kann man sie tatsächlich zur Ausschliessung der Vaterschaft verwenden. Denn wenn z.B. ein Kind das Merkmal A besitzt, die Mutter aber das Merkmal B, so muss bei dem

Vater das Merkmal A gefunden werden. Wird dieses Merkmal bei einem Manne nicht gefunden, der als Vater in Betracht kommt, so kann er unmöglich der Vater sein. Wird es dagegen bei ihm gefunden, so kann er wohl der Vater sein, muss es aber nicht, denn das Merkmal A ist Gruppenmerkmal. Sein Besitzer teilt es mit vielen anderen Männern, und jeder dieser Männer der Blutgruppe A könnte der Vater sein. Also die Blutgruppenuntersuchung gestattet immer nur die Ausschliessung der Vaterschaft, kann aber niemals zu positivem Resultat der Bestimmung der Vaterschaft führen.

Der Forscher L. Hirszfeld hat dann 1910 als erster systematisch mit von Dungen im Heidelberger Institut für Krebsforschung eine grosse Anzahl Familien auf ihre Blutgruppenzugehörigkeit untersucht und die Vererbbarkeit der Blutbeschaffenheit einwandfrei nachgewiesen. Die wichtige Entdeckung, dass diese Blut-eigenschaften erblich sind, gab einen Anreiz, die Blutgruppenlehre auch für die quantitative Erblichkeitsforschung und für die Anthropologie auszuwerten. Mit seiner Frau zusammen hat Hirszfeld während des Krieges an der mazedonischen Front das dort versammelte Völker- und Rassengemisch serologisch untersuchen und eine sehr umfangreiche Blutsgruppenstatistik anlegen können. Es zeigte sich, dass bei allen untersuchten Völkern sämtliche Gruppen vorkommen, dass aber die prozentuale Verteilung je nach der Rassenzugehörigkeit und nach der geographischen Lage des Vaterlandes verschieden ist. Die Gruppe A ist bei den mittel- und nordeuropäischen Völkern am meisten verbreitet, und zwar sind am reinsten A-blütig die Engländer und die Skandinavier, bei denen nur etwa 10 % B-Blut nachgewiesen wurde, am reinsten B-blütig sind die Inder. Auch die Ahamiten und Neger haben weniger als 30 % A-Blut. Die deutsche Bevölkerung Ungarns hat nach interessanten Feststellungen Veges die gleiche Gruppenhäufigkeit wie die westdeutsche Bevölkerung, während die Zigeuner, deren Herkunft so lange unklar gewesen ist, nach ihrer Blutgruppenzugehörigkeit als Verwandte der Inder erscheinen. Die Verteilung der Gruppenhäufigkeit deckt sich durchaus nicht mit den heutigen politischen oder sprachlichen Grenzen. Die Bevölkerung Sachsens zeigt z.B. im Durchschnitt nur 40 % A und 24 % B - ein Hinweis auf die slavische Mischung -, während einzelne norddeutsche Gegenden bis zu 60 % A und dafür nur 12 % B aufweisen. Die O-Gruppe ist am weitesten bei den Indianern und den mongoloiden Völkern verbreitet.

Interessant sind in diesem Zusammenhang Untersuchungen, die an Menschenaffen angestellt wurden. Schimpansen zeigten eine ausserordentliche Häufigkeit der menschlichen Gruppe A, und Orangs wiesen mehr B-Blut auf. Bei gewissen Rassen kommen diese Gruppen überhaupt nicht vor.

---

SPD. Er kann's nicht lassen.<sup>X</sup> Als die französische Schriftstellerin Colette einmal Francis Carco besuchte, sass dieser auf der Chaiselongue und trank etwas mit einem Strohhalm aus einem riesigen Glase. "Was trinken Sie denn da, lieber Freund?" fragte Colette.

"Absinth."

"Pfui Teufel! Und warum trinken Sie ihn mit einem Strohhalm?"

"Weil mir mein Arzt verboten hat, jemals wieder ein Glas Absinth anzurühren!"

---

SPD. Geldkrankheit.<sup>X</sup> Drei Schotten gingen in die Kirche. Als der Mann mit dem Klingelbeutel kam, wurde der eine Schotte ohnmächtig. Und die beiden andern trugen ihn schnell hinaus...

---